Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 920.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45. Donnerstag, den 22. Februar 1917. 24. Jahrg.

Das Problem unseres Vaterlandes.

„Die Frage der Bevölkerungspolitik wurde in der Kommission als das Problem unseres Vaterlandes bezeichnet." Dieser Satz, den der konservative Abgeordnete v. d. Osten im preußischen Abgeordnetenhause bei der neulichen Beratung des Medizinalwesens aussprach, könnte als erfreuliches Zeugnis wachsender Einsicht bezeichnet werden, wenn die Entschlußkraft zu entsprechenden Taten dahinter stünde. Davon war in jenen Verhandlungen aber noch recht wenig zu merken.

Die erste Aufgabe einer wirksamen Bevölkerungspolitik ist die Erhaltung der einmal Geborenen. Kampf gegen den Frühtod auf der ganzen Linie, durch Schaffung gesunder Lebensverhältnisse für alle Schichten der Gesellschaft; insonderheit durch Ausbau der Sozialpolitik, des Arbeiter-, Frauen- und Kinderschutzes, ganz besonders aber durch Mutterschutz und Säuglingsfürsorge — das muß die Losung sein.

Man braucht diese Dinge nur zu nennen, um zu wissen, daß es vor dem Kriege gerade die konservativen Kreise waren, die sich der Durchsetzung einer solchen auf Menschenökonomie zielenden Bevölkerungspolitik in den Weg stellten. Es sei nur an den verbissenen Widerstand erinnert, den die Konservativen und ihr agrarischer Anhang bei Beratung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 dem weiteren Ausbau der Wochenhilfe entgegensetzten. Am bezeichnendsten für den Geist, der jene Herren beseelte, war der zwischen der zweiten und dritten Lesung eingebrachte Antrag Schultz (Bromberg) und Genossen, der die Pflichtdauer der Wochengeldhilfe für die Landkrankenkassen von 8 auf 4 Wochen herabsetzte! Selten haben sich Geldbeutelinteressen in so abstoßender Weise gegen das „Problem unseres Vaterlandes" versündigt, wie damals.

Erst unter dem Druck des Krieges fand man sich bereit die Wochenhilfe im Sinne der sozialdemokratischen Anträge zu erweitern, die 1911 als „zu kostspielig" abgelehnt worden waren. Aber auch heute, wo wir neben dem ungeheuren Verlust an lebenskräftigen Männern auch noch einen jährlichen Geburtenausfall infolge der Kriegsverhältnisse von 20—25 Prozent der Friedenszahl zu verzeichnen haben, hufen gewisse Herren sofort zurück, wenn es sich um bevölkerungspolitische Dinge handelt, die etwas kosten. Ueber den fortschrittlichen Antrag, der die Kriegswochenhilfe als Regelleistung auch für die Friedenszeit festgelegt wissen wollte, berichtete Herr v. d. Osten: Seitens der Regierung wurde gegen diesen Gedanken Bedenken geltend gemacht, weil seine finanzielle Tragweite nicht zu übersehen sei". — Man sieht der alte „preußische Geist" lebt noch!

Ja, wenn man das bevölkerungspolitische Problem ohne ernsthafte Opfer für den eigenen Geldbeutel lösen könnte, dann hätten es die Beherrscher des preußischen Landtages längst gelöst. An schönen Mahnungen und strengen Moralpredigten an die Adresse der anderen haben sie es nie fehlen lassen. Auch jetzt waren die Verhandlungen erfüllt davon. Auch der Redner des Zentrums, das 1911 jenen die Wochenhilfe der Landkrankenkassen verschlechternden Antrag mit unterzeichnet hatte, leistete darin natürlich Erkleckliches. Er wählte dabei den schönen Satz: „Wir dürfen den heiligen Mutterboden der Ehe nicht verlassen".

Jawohl die Ehe — das ist in der Tat eine Kardinalfrage bei der ganzen Sache; oder sagen wir lieber, eine Hauptfrage, da die Kardinäle ja bekanntlich die Auffassung vertreten heiraten sei gut, aber nicht heiraten sei besser. Die rechtzeitig geschlossene, glückliche Ehe, ist zweifellos das beste Mittel gegen unehelichen Verkehr, wie gegen Prostitution und Geschlechtskrankheiten mit all ihren verhängnisvollen Folgen für einen gesunden Nachwuchs. Alle Bemühungen um die zweite, positive Seite der Bevölkerungspolitik, die Sicherung einer ausreichenden Geburtenzahl, haben hier einzusetzen. Unserer Jungmannschaft müßte die Möglichkeit geschaffen werden, rechtzeitig — d. h. etwa so früh wie die preußischen Prinzen — einen Hausstand begründen, Kinder erzeugen und anständig aufziehen zu können. Darauf wies der Redner der Sozialdemokratie, Abg. Haenisch, mit Recht hin.

Aber wie sieht es heute damit aus? Die Unmöglichkeit, eine Existenz zu erlangen, die sicher genug ist und ausreicht, um Frau und Kinder zu ernähren, um eine einigermaßen zureichende Wohnung zu bezahlen und die schwere Belastung der Erziehungs- und Berufsausbildungskosten zu tragen, zwingen heute Hunderttausende von jungen Leuten bis in das vierte Jahrzehnt ihres Lebens hinein auf Ehe, Häuslichkeit und Nachkommenschaft zu verzichten. Diese aufgezwungene Ehelosigkeit in den Jahren höchster Lebens- und Geschlechtskraft ist ein schwerer Krebsschaden, der am Marke unseres Volkskörpers zehrt und seiner Fortpflanzung den schlimmsten physischen und sittlichen Abbruch tut. Aber noch hätte der erste Schritt seitens des Staates selbst zu geschehen, seinen eigenen jungen Angestellten die rechtzeitige Ehegründung zu erleichtern! Das Gegenteil geschieht!

Und wie halten es die bevorrechteten landsässigen Herrschaften mit dieser Forderung? Der „Deutschen Tageszeitung" hat der Satz von dem „heiligen Mutterboden der Ehe" so gut gefallen, daß sie ihn gesperrt in ihrer Besprechung der Landtagsverhandlungen wiederholt. Nun drehe man mal dieses brave Zeitungsblatt um. Die Rückseite ist angefüllt mit Anzeigen offener Stellen und da findet man auf der einen Seite nicht weniger als 19 Inserate, in denen Inspektoren und sonstige Gutsbeamte mit der Bedingung „unverheiratet" gesucht werden. In einem davon wird freilich gnädigst erklärt, daß bei Bewährung „spätere event. Verheiratung" gestattet werden soll. Es handelt sich bei diesen Gesuchen fast ausschließlich um leitende Beamte, also gelernte und erfahrene Leute, die ihren Lebensberuf wohl ausfüllen. Auch an einem Inserat fehlt es nicht, in dem ein Beamter zur alleinigen selbständigen Verwaltung eines Rittergutes gesucht wird, der „verheiratet (ohne Kinder!)" sein soll.

Drastischer kann der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis in Sachen des „heiligen Mutterbodens der Ehe" gar nicht illustriert werden, als es hier in der „Deutschen Tageszeitung" geschieht. Auf der Vorderseite brechen die konservativen Bevölkerungspolitiker ihre Lanzen für die „Sittlichkeit des Volkes" und auf der Rückseite bauen sie ruhig ihre Inseratenplantage an, in der der unverheiratete oder mindestens kinderlose Gutsbeamte Trumpf ist. Der ist natürlich billiger zu halten als der verheiratete, und wer kann denn einem Gutsherrn zumuten, seinen Angestellten aus sozialem Pflichtbewußtsein so zu bezahlen, daß sie ein Familienleben führen und Kinder aufziehen können.

Eine der ersten gesetzgeberischen Bestimmungen, die zum Schutz der Ehe und Familienhaltung nötig wäre, wäre das Verbot aller Arbeits- oder Angestelltenverträge, die dem Arbeitnehmer den Zwang zur Ehelosigkeit auferlegen. Solche Verträge sind nicht nur unzulässige Eingriffe in das persönlichste Selbstbestimmungsrecht des einzelnen, sie stehen auch in schroffem Gegensatz zu dem Interesse des Volksganzen.

Inserate wie die erwähnten gehören auch noch aus einem anderen Grunde zu den „unsittlichen Anzeigen" im wahrsten und schlimmsten Sinne des Wortes. Der zur Ehelosigkeit verurteilte Gutsbeamte braucht natürlich mit der Bedingung des Nichtheiratens kein Keuschheitsgelübde zu verbinden. Das verlangen in der Praxis nicht einmal die Herren im preußischen Abgeordnetenhaus, die die Notwendigkeit der geschlechtlichen Enthaltsamkeit bis zum Eintritt in die Ehe mit ihrem „Sehr gut!" auszeichneten. Sie wissen alle, was ihnen der Gutsbeamte auf ein solches „weltfremdes" Ansinnen antworten würde. Nur der Umstand, daß der Zwang des Unverheiratetseins gemildert wird durch günstige Gelegenheiten und nachsichtige Beurteilung allerseits, macht solche Verträge überhaupt möglich.

Mit diesen Dingen hängt eng zusammen das Kapitel der unehelichen Geburten, über das die Herren im Abgeordnetenhaus ja auch gesprochen haben. Es ist bekannt, welche Summe von Jammer und Elend es umschließt. Von den 183977 im Jahre 1913 im Deutschen Reiche außerehelich Geborenen starben vor Vollendung des ersten Lebensjahres 41 924, das sind 23,7 Prozent wieder dahin. — Von den ehelich geborenen Säuglingen raffte der Tod nur 14,2 Prozent wieder fort. Auch das ist ja noch viel zu viel, aber der Ziffernabstand zeigt, wie weit die Fürsorge für die unehelichen Kinder hinter der für die ehelichen im Rückstand ist.

Am schlimmsten aber steht es mit der Säuglingssterblichkeit der Unehelichen in den Gefilden der ostelbischen Gutsherrschaften. Während man in den Städten ganz wesentliche Fortschritte in der Bekämpfung dieses schweren bevölkerungspolitischen Schadens gemacht hat, sieht es damit im Herrschaftsbereich der Großagrarier noch furchtbar aus. In den Hansestädten Bremen, Hamburg und Lübeck starben von den außerehelichen Säuglingen im Jahre 1913 wieder fort: 21,4, bezw. 19,4 und 17,0 Prozent. In Ostpreußen, Westpreußen und Posen dagegen gaben in dem gleichen Jahre von den außerhalb des Schutzgatters der Ehe geborenen Kindern 30,4, bezw. 32,4 und 35,5 Prozent ihr kurzes Jammerdasein wieder auf!

Diese Zahlen schreien gen Himmel. Sie zeigen, wo vor allem einzusetzen ist, wenn das Bevölkerungsproblem wirklich gefördert werden soll. Der „heilige Egoismus" derer muß gebrochen werden, die Besitz- und Gewinninteressen höher stellen, als die Hebung der wirtschaftlichen und kulturellen Lebensinteressen des ganzen Volkes. Das ist der springende Punkt. Die Sozialdemokratie wird ihre Kraft dafür einsetzen, daß dies geschieht.

Vom Tage.

Nach den letzten Meldungen über London ist die politische Lage in Amerika noch immer unverändert. Der angesehene und meist gutunterrichtete Korrespondent der „New York Preß" erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt Hoffnung hege, einen Krieg mit Deutschland zu vermeiden. Namentlich die Pazifisten, wie Bryan und andere, üben starken Einfluß auf die Entscheidungen des Präsidenten und der Regierung aus.

Inzwischen steigen die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung. In Neuyork kam es zu wiederholten Tumulten. Am Sonntag abend drangen Frauen in die Lebensmittelläden, gossen Essig über die Waren und richteten weitere Verheerungen an. Dienstag begaben sich über 300 Frauen nach dem Rathause und forderten die Herabsetzung der Lebensmittelpreise, vor allem der Kartoffeln. Eine bekannte Rednerin hielt auf der Straße eine Ansprache, wurde jedoch von der einschreitenden Polizei verhaftet, und nun trieb man die inzwischen zu vielen Tausenden angewachsene Menge auseinander.

Lansing beantwortete die Note des Präsidenten von Mexiko, Carranza, **der die Einstellung der Munitionsausfuhr von Amerika zu den Kriegführenden vorgeschlagen hatte**, durch die bloße Bestätigung des Empfanges in einer Mitteilung.

*

Im englischen Unterhaus hat man der Regierung wieder einmal einige harte Nüsse zu knacken gegeben. Zunächst kritisierte Ponsonby die heutige englische Regierung, die 81 Minister umfasse. Er besprach danach die Friedensbedingungen, die die Alliierten Wilson mitgeteilt haben, und wiederholte, daß die **Bedingungen der Entente nicht mit ihren Erklärungen, aus selbstlosen Beweggründen zu fechten, übereinstimmten.** Er sagte, Miljukow gebe Syrien an Frankreich, Smyrna an Italien, Arabien an England und die Forderungen, welche die Tschechen und Slowaken betreffen, bedeuteten eine Auflösung der Donaumonarchie. Man verlange, bei den Friedensbesprechungen müsse **Konstantinopel an Rußland kommen**, die deutschen Kolonien dürften nicht zurückgegeben werden, Cypern sei Aegypten schon einverleibt, aber **Mesopotamien müsse der englischen Krone zufallen. Die Türkei müsse durch den Verlust Armeniens zergliedert werden.** Wir führen den Krieg zum Schutze der kleinen Völker an," fuhr er fort, „wir müssen ihn nun zur **Ausbreitung der großen Reiche fortsetzen.** Der **Militarismus wird nicht durch die Waffengewalt, sondern durch das Wachstum der Demokratie vernichtet werden.**" Trevelyan erklärte, er sei gar nicht davon überzeugt, daß die **Schlachten im nächsten Frühjahr die Lage ändern werden.** Die **optimistischen Voraussagungen** vor dem Kampf seien immer dieselben, **stiefen aber immer wieder umgekehrt aus.** Der Krieg werde unentschieden enden, es sei denn, daß die Deutschen Petersburg und Paris, oder die Alliierten Berlin und Wien nähmen. **Aber weder das eine noch das andere sei möglich.**

Andere Redner scheinen sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen und auf erneute Friedensverhandlungen bestanden zu haben.

Bonar Law antwortete, der beste Beweis für den Wunsch nach Frieden sei, daß das Unterhaus die Reden still angehört habe. Bezüglich des Friedens sagte Bonar Law, England müsse sich die Frage vorlegen, ob es noch ein anderes Mittel als die Waffen gäbe, durch das es seine Freiheiten retten könne. Er sähe augenblicklich kein anderes Mittel, den Frieden zu sichern, als den Kampf. Die Pazifisten hätten allerlei an den Friedensbedingungen der Regierung auszusetzen gehabt. Aber wie stände es denn mit den Friedensbedingungen der Mittelmächte? Die Entente habe ihre Bedingungen, die nicht übermäßig weitgehend wären, bekanntgegeben. Wilson habe die Zentralmächte gebeten, ihre Bedingungen anzugeben, aber es wurde nicht getan. „Die deutschen Bedingungen", so sagte Bonar Law, „beruhen angeblich auf dem Sieg Deutschlands. Das bedeutet, daß Deutschlands militärische Maschine noch mehr in den Vordergrund treten würde. Zur Rechtfertigung des verschärften U-Boot-Krieges sagten die Deutschen, daß es eine Pflicht der Menschlichkeit sei, um den Krieg zu beenden, die schnellsten Mittel anzuwenden, gleichviel ob sie unbarmherzig seien. Deutschlands Menschlichkeit und Unbarmherzigkeit sind einander gleich. **England kämpft nicht für eine Gebietserweiterung oder für einen ruhmreichen Sieg.** England kämpft, um einer Kaste, die Missetaten begangen hat, deutlich zu machen, daß sie so etwas nicht darf." Law sagte dann, er könne sich über die Friedensbedingungen nicht in einem Augenblick äußern, wo selbst der größte neutrale Staat den Unterscheid von Recht und Unrecht eingesehen habe und anerkannt habe, daß Deutschlands Ausflüchte bis zu einem Grade gediehen seien, der jedem Neutralen unerträglich sein müsse.

Der Arbeiterführer Snowden hielt eine ausführliche Rede, in der er sagte, daß der Krieg sich gegenwärtig seiner Entscheidung nicht nähere. Snowden glaubt, daß das Ende des Kampfes durch allgemeine Erschöpfung komme und daß es **keine Entscheidung** geben werde. **Er empfehle zu unterhandeln.**

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet weiter über diese Sitzung: Der Nationalist Lynch fragte den Staatssekretär des Aeußern, ob er dafür sorgen werde, daß entsprechend beglaubigte Vertreter Irlands in der internationalen Konferenz, die die Friedensbedingungen festsetzen würde, eine unabhängige Erklärung über das Recht Irlands auf Selbstverwaltung ablegen können. Balfour antwortete verneinend. Bonar Law sagte in Beantwortung einer weiteren Anfrage des Abgeordneten Lynch, ob die Autonomie auf der Reichskonferenz zur Sprache gebracht werde, daß die Beratungsgegenstände der Konferenz vermutlich erst nach der Ankunft der Vertreter der überseeischen Dominions festgelegt werden würden. Ueber die Fragen, die die Verwaltung des vereinigten Königreiches betrüfen, könnte einzig und allein das Reichsparlament entscheiden. Aber man werde den Auffassungen der irischen Vertreter Rechnung tragen. Der Parlamentssekretär der Admiralität, McNamara, sagte

In Beantwortung einer Anfrage, ob gewisse Schiffe, die als verloren gemeldet wurden, durch U-Boote versenkt worden seien, daß es **nicht die Politik der Regierung sei, mitzuteilen, wie und ob Schiffe in den Grund gebohrt wurden.** Beides würde für den Feind von Wert sein. Wenn ein Schiff versenkt oder beschädigt werde, so werde der Verlust den Reedern und Lloyds mitgeteilt. Wenn gemeldet würde, daß Schiffe von U-Booten versenkt worden seien, so geschehe das nicht auf Grund von amtlichen Berichten.

*

Während die alte und neue Welt mit der Abwicklung und Anbahnung neuer Händel beschäftigt ist, baut Japan klugerweise vor und bahnt neue Handelsbeziehungen an. Eine Gruppe japanischer Kapitalisten, Fabrikanten und Kaufleute machen z. B. eine Studienreise in Brasilien zum Zweck der Beratung über neue japanische Schiffahrtslinien zwischen Japan und Brasilien über Singapore, Ceylon, Madagaskar und dem Kap der guten Hoffnung.

Weiter wird berichtet, daß Japan zurzeit große maritime Rüstungen betreibt. Es bereitet sich anscheinend mit allen Mitteln auf seine Stunde vor, derweilen sich die Völker Europas zerfleischen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

Berlin, 21. Februar, abends. (Amtlich.)
Auf den Kriegsschauplätzen keine wesentlichen Ereignisse.

*

Wien, den 21. Februar. (Amtlich.)
Oestlicher und Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse.
Italienischer Kriegsschauplatz.
Der Artilleriekampf an der küstenländischen Front war nachmittags wider recht lebhaft. Nachts warf ein feindliches Luftfahrzeug auf unsere Karzstellungen und auf einige Ortschaften ohne jede Wirkung Bomben ab. Im Judicarien-Abschnitt holte unser Maschinengewehrfeuer ein italienisches Flugzeug östlich vom Monte Cadrio herunter. Der Führer ist tot, der Beobachter schwer verletzt.

Der Balkankrieg.

Die Not in Griechenland.

Die Blockade in Griechenland macht sich in furchtbarster Weise geltend. Am Sonntag wurden ungefähr 100 Gramm Brot pro Kopf verteilt. Am Sonnabend war bis Mittag überhaupt nichts zu erhalten. An Reis, Gemüse und Makkaroni scheint großer Mangel zu herrschen, es werden auch sehr hohe Preise dafür gefordert.

Der Seekrieg.

Passagier auf einem erfolgreichen U-Boot.

Kapitän Jacobsen von dem versenkten norwegischen Viermastschoner „Thor 2" traf in Kopenhagen auf der Durchreise von Deutschland nach Norwegen ein. Das Schiff war nach dem Bericht des Kapitäns an das Blatt „Politiken" auf der Reise von Südgeorgien nach Queenstown mit 14 000 Tonnen Walfischtran am 4. Februar 80 Seemeilen von der irländischen Küste versenkt worden. Die Besatzung, bestehend aus 28 Mann, ging in die Boote und wurde von dem Unterseeboot an die irische Küste geschleppt, wo sie gelandet und der Kapitän mit Frau und Tochter an Bord des Unterseebootes genommen wurde. Der Aufenthalt dauerte dort acht Tage. Am zweiten Tage ihres Aufenthalts wurde in der Nähe des Kanals ein großer englischer Dampfer versenkt, der von Amerika mit Munition nach Frankreich unterwegs war. Die Explosion war so gewaltig, daß das Meer im weiten Umkreise in Aufruhr geriet und das Unterseeboot beschädigt wurde. In der Nordsee wurde ein holländischer Fischdampfer angehalten, der sich mit einer englischen Prisenbesatzung von 4 Mann, darunter 1 Offizier, auf der Reise nach England befand. Der Offizier wurde gefangen genommen, das Schiff mit drei Matrosen freigegeben. Später wurde noch ein englischer Fischdampfer versenkt. Der Kapitän mit Familie wurde in Helgoland gelandet. — Das versenkte Schiff hatte einen Wert von 1½ Millionen und die Ladung von 2 Millionen Kronen.

*

Die englischen Reeder wollen die Verbindung mit Norwegen herstellen.

„Nieuwe Courant" meldet aus Bergen, die Newcastle-Berger Route werde jetzt von englischen Schiffen aufrecht erhalten. In den letzten Wochen seien zwei bedeutende englische Postsendungen, am 17. d. Mts. 1900 Säcke, sowie mehrere Passagiere eingetroffen. Es heißt, die englischen Reedereien wollten eine tägliche Route nach Norwegen in Gang setzen, bis die norwegischen Schiffe die Linie wieder aufführten.

*

Die norwegischen Reeder weigern sich.

Während die Ankunft zweier Dampfer aus England in Bergen und Drontheim in Christiania eine optimistische Stimmung gegen den Tonnenkrieg ausgelöst hat, ist durch die Meldung von der Versenkung sechs norwegischer Dampfer von ca. 9000 Tonnen und 5 Millionen Versicherungswert die Stimmung wieder sehr pessimistisch. Die Bergener Reeder weigern sich, Schiffe nach Amerika durch die Blockadezone gehen zu lassen, wodurch vorläufig der amerikanische Kohlenimport nach Norwegen unmöglich ist, da England Norwegen gegenüber an die Kontrolle in Kirkwall bestehe.

*

36 Schiffe versenkt!

Zwei gestern zurückgekehrte Boote haben 24 Dampfer, 3 Segler und 9 Fischereifahrzeuge versenkt. Unter anderen hatten geladen Schiffe von 9100 Br.-Reg.-To. Kohlen, von 3000 Br.-Reg.-To. Eisenerz, von 3500 Br.-Reg.-To. Lebensmittel (etwa die Hälfte davon Butter und Margarine), von 200 Br.-Reg.-To. Weizen und Heu, ein Dampfer von 2700 Br.-Reg.-To. Kriegsmaterial nach Italien, von 400 Br.-Reg.-To. Jute, von 800 Br.-Reg.-To. Stückgut, von 300 Br.-Reg.-To. Hafersen. Ferner befand sich unter den versenkten Schiffen ein Tankdampfer von 7000 Br.-Reg.-To. Ein Gefecht wurde abgebrochen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die ersten Kohlenzüge nach Holland.

Gestern begannen die Kohlenzüge zwischen Holland und Deutschland zu fahren. Es sollen täglich neun Züge mit 50 Wagen gefahren werden. Sie werden sofort über ganz Holland verteilt werden und schnellstens zurückfahren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstags-Dispositionen.

Der Seniorenkonvent des Reichstags hat in seiner Mittwoch-Sitzung sich über die Geschäftsführung in den nächsten Tagen wie folgt geeinigt: Am Donnerstag bleibt es bei der festgestellten kleinen Tagesordnung. Am Freitag wird der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Roedern, in einer Rede den Etat, die Steuern und die Kreditvorlage begründen. Im Anschluß daran wird dann der Reichstag zunächst die Kreditvorlage erledigen. Am Dienstag wird die Beratung des Etats und der Steuern fortgesetzt. Zur Einleitung wird der Reichskanzler sprechen. Weiter hat der Seniorenkonvent beschlossen, daß die Steuervorlagen der Budgetkommission überwiesen werden. Zur Erörterung der Ernährungsfragen soll ein besonderer Ausschuß eingesetzt werden, der in der Donnerstag-Sitzung von allen Parteien des Hauses beantragt wird.

Aus dem preußischen Landtage.

Die Generaldebatte über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung, die am Mittwoch im preußischen Abgeordnetenhause fortgesetzt wurde, verfiel in zwei völlig voneinander getrennte Teile. Der erste Teil war der Propaganda für die annexionistischen Bestrebungen der Alldeutschen gewidmet. Die Abgg. Bell (Zentr.) und Fuhrmann (Natl.) polemisierten in scharfer Weise gegen die Bestrebungen unseres Genossen Hue und benutzten die Gelegenheit, ihre Pläne zu propagieren. Abg. Bell erklärte, sein Stolz als Deutscher lehne sich gegen die von Scheidemann vertretenen Anschauungen auf, daß das, was deutsch ist, deutsch bleiben und was französisch ist, französisch bleiben solle, und daß Frankreich einen so günstigen Frieden haben könne, wie es ihn sich gar nicht denken könnte. Seine Freunde forderten nach wie vor reale Garantien, mit papiernen Verträgen, die von England in den Papierkorb geworfen würden, könnten sie sich nicht begnügen. Sie riefen England zu: Hände weg von Belgien!

Noch deutlicher wurde Abg. Fuhrmann, der gleichfalls gegen Scheidemann und Hue polemisierte, die Annexionen von Kurland und von Belgien forderte und es als eine Beleidigung für den Reichskanzler bezeichnete, wenn Scheidemann den Eindruck zu erwecken suche, als ob der Kanzler auf seinem Standpunkt stehe. Den Staatsmann, der aus diesem Kriege ohne Longwy und Briey zurückkomme, ohne daß Belgien in unseren Händen bleibe, ohne daß die flandrische Küste dem englischen Machtbereich entzogen und die Maaslinie unseren Interessen gerecht wird, würde die Geschichte den Totengräber der deutschen Macht nennen. Leider wurde durch einen Schluß der Debatte unseren Genossen die Möglichkeit einer Erwiderung genommen.

Im zweiten Teil beschäftigte sich das Haus mit Fragen der Mittelstandspolitik. Die Debatte darüber wurde aber bald vertagt.

Die Bündlerparade.

Zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges hielt der Bund der Landwirte wieder eine seiner bekannten Paradeversammlungen ab; nicht wie sonst im Zirkus Busch, sondern in der „Philharmonie", in der sich die Menge Kopf an Kopf drängte. Der Bundesvorsitzende, Frhr. v. Wangenheim, glaubte in seiner Eröffnungsrede hervorheben zu können, daß unsere Ernährungsschwierigkeiten nicht so groß geworden wären, wenn der seinerzeit so heftig angegriffene Antrag Kanitz Gesetz geworden wäre. Heute rächten sich die Lücken unserer Zollrüstung; bestünden diese Lücken nicht, dann würde die Landwirtschaft weit leistungsfähiger gewesen sein. Vor allem aber meinte Herr v. Wangenheim, müßten die Landwirte dem Kaiser dieses abbitten, insbesondere das, daß sie seinerzeit murrten, als er das deutsche Volk auf die See verwies. Zu beklagen sei, daß der Mittelstand noch immer nicht das Ohr des Kaisers habe. Die Stimme des Volkes werde nicht verkündet durch Scheidemann und Erzberger, auch nicht durch die Presse vom Schlage des „Berliner Tageblatt" und der „Frankfurter Zeitung". Diese Stimmen werden nicht einmal durch die Mehrheit des Reichstages verkündet, der unter einer ganz anderen Parole gewählt worden sei. Mit einem Bekenntnis zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg schloß Herr v. Wangenheim seine Ansprache. — Dr. Roesicke sprach dann über „Unsere Ernährungsverhältnisse", wobei er es an heftigen Ausfällen gegen die Bureaukratie und gegen die Kriegsgesellschaften nicht fehlen ließ. — Landrat a. D. Roetger sprach über Deutschlands Industrie nach dem Kriege, und zum Schluß der Tagung hielt der Abg. Dr. Wildgrube-Dresden einen Vortrag über die politische Lage, bei dem sich die Hörer außerordentlich gelangweilt haben sollen.

Der U-Boot-Krieg vor dem Hauptausschuß des Reichstages.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses hielt der Staatssekretär des Auswärtigen, Zimmermann, einen Vortrag über die außerpolitische Lage. Die Verhandlungen wurden für streng vertraulich erklärt. Der Staatssekretär behandelte die Haltung der verschiedenen neutralen Mächte und legte ein Weißbuch mit den wichtigsten diplomatischen Schriftstücken in Aussicht. Er ging dabei ausführlich auf die Lage ein, die Amerika gegenüber dem Abbruch der Beziehungen eingetreten ist. Zum Schlusse sprach er unter dem Beifall des Ausschusses seine feste Zuversicht aus, daß wir durch die Anwendung der U-Boot-Waffe die vorgesteckten Ziele erreichen werden. Der Staatssekretär des Marineamts von Capelle betonte am Schlusse seiner mit lebhaftem Beifall begrüßten Ausführungen, daß die Erwartungen, die die Marine an den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gesetzt habe, nicht nur erfüllt, sondern übertroffen seien. Bei dem systematisch durchgeführten Versöhlerungssystem, dessen sich vor allen Dingen die englische Presse bezüglich Schiffsversenkungen auf Veranlassung der Regierung befleißige, sei es natürlich schwierig, schon jetzt mit sicheren Zahlen hervorzutreten. Es könne, obgleich eine Reihe von U-Booten ihren Aktionsradius und ihren Anweisungen entsprechend, von ihren Streifen noch nicht zurückgekehrt sind, schon jetzt versichert werden, daß das Ergebnis die von der Marine gehegten Erwartungen übertreffe. Sehr erfreulich sei, daß keine Veranlassung vorliege, mit dem Verlust auch nur eines U-Bootes seit Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu rechnen. Die Abwehrmaßnahmen, von denen in der englischen Presse so viel Wesens gemacht werde, bewegen sich nach den Meldungen der zurückgekehrten U-Boote in mäßigen Grenzen. In der Nordsee herrschte so gut wie kein Schiffsverkehr. Die neutrale Schiffahrt sei fast so gut wie eingestellt. Zusammengefaßt könne die Marine mit der größten Zuversicht der weiteren Entwickelung des U-Boot-Krieges entgegensehen. Die Erwartungen, die die deutsche Marine an ihn knüpfte, seien durch die bisherigen Ergebnisse voll gerechtfertigt worden. Der Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, wies auf die starke Verschlechterung der Versorgung Englands mit unentbehrlichen Gütern und der Kohlenversorgung der Alliierten und Neutralen durch England im Dezember 1916 hin. Der Rückgang gegen Dezember 1915 sei erheblich größer als der Durchschnittsrückgang. Die Zahlen zeigten, daß die englische Versorgung dicht an den Gefahrpunkt herangerückt sei. Dann nahm der Staatssekretär Graf Rödern das Wort zu vertraulichen Ausführungen über die finanzielle Lage.

Das Steuerbukett.

Die Regierung hat diesmal Wert darauf gelegt, dem Reichstag Steuern vorzuschlagen, die bei der Einfachheit der Erhebung große Erträge bringen. Die neuen Steuern bestehen in einer Abgabe vom Werte der geförderten Kohle, mit einem Ertrag von 500 Millionen, in einem Zuschlag auf die Preise der Fahrkarten von 10—16 Proz. mit einem Ertrag von 250 Millionen, die Zuschläge zu der Kriegsgewinnsteuer sollen 400 Millionen bringen, dazu die Abgabe der Reichsbank mit 100 Millionen, ergibt in Summa den erforderlichen Bedarf von 1250 Millionen Mark.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 22. Februar.

Sparsames Heizen. Zu den zahlreichen Sparsamkeitsvorschriften, die der Krieg uns diktiert, gesellt sich als neueste die Forderung: Spare Feuerung. Sie gilt den Leitern industrieller Betriebe nicht minder als den Hausfrauen. Jenen bereitet sie wirtschaftliche Sorgen, diesen entlockt sie die bange Frage: Wie kann man, ohne die Gesundheit seiner Angehörigen zu schädigen, mit Feuerung sparen, wenn das Thermometer erbarmungslos auf seinem jetzigen ungewöhnlichen Tiefstande beharrt? Die Antwort würde ohne Zweifel nicht unbefriedigend ausfallen, wenn bereits überall die beste Heizmethode in ständiger Anwendung wäre, nämlich diejenige, nach welcher dem gebrauchten Feuerungsmaterial der höchste Nutzwert abzuringen ist. Dies ist aber keineswegs der Fall. Somit können und müssen durch sorgfältigere Beobachtung der für rationelles Heizen wesentlichen Forderungen noch beträchtliche Ersparnisse erzielt werden. In normalen Zeiten mag es jeder vor sich selbst verantworten, wenn in seinem Hause die Kosten für Feuerung eine ungewöhnliche Höhe erreichen, weil das Besorgen der Oefen ohne gründliche Vorkenntnisse über deren Beschaffenheit und besondere Ansprüche gehandhabt wird. Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse bedeutet aber jede Rohstoffvergeudung eine Schädigung der Allgemeinheit, die sich in die verfügbaren Vorräte zu teilen hat. Darum ist es Pflicht der Hausfrau, sich zunächst über den Vorgang des Heizprozesses Klarheit zu verschaffen. Bekanntlich verbrennt das Feuerungsmaterial vermöge der ihm zugeführten Luft zu heißen Gasen und Asche. Bei mangelhafter Luftzufuhr findet eine unvollkommene Verbrennung statt, die an den schwarzen Rußwolken über den Schornsteinen erkennbar ist. Sie führen große Mengen ungenützten Feuerungsmaterials mit sich, schädigen überdies die Allgemeinheit durch Verschlechterung der Stadtluft und vernichten durch ihren Schwefelsäuregehalt die Vegetation. Aber auch ein Uebermaß von Luftzufuhr bedeutet Vergeudung, denn der kalte Zug kühlt den zurückbleibenden glühenden Koks vorzeitig ab; auch entführt die durch den Kamin abziehende überschüssige Luft unausgenützte Wärme. Will man also mit den Verbrennungsgasen sparsam umgehen, so muß man über die Zugbedingungen der zu versorgenden Oefen genau unterrichtet sein. Füllöfen von guter Konstruktion, freilich nur solche, begnügen sich mit einem Minimum von Zug, um in Brand zu bleiben, brauchen also wenig Heizstoff, während die heißen Verbrennungsgase durch den unteren Teil des Ofens zirkulieren und dort einen großen Teil der Wärme abgeben, ehe sie aus dem Schornstein entweichen. Somit ist eine Verlangsamung des Verbrennungsprozesses das erste und wirksamste Sparmittel. Ein weiteres besteht darin, daß man die heiße Asche solange wie möglich im Ofen läßt und erst teilweise dann entfernt, wenn sich ein Uebermaß davon angesammelt hat. Um einen kalten Ofen in Brand zu setzen, muß man freilich alle Asche beseitigen und für vollen Zug sorgen; bis seine Bestandteile aus Stein und Eisen sich erwärmt haben, kann man mit der Feuerung nicht sparen. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, die Oefen so wenig wie möglich ausgehen zu lassen, da das neue Anheizen schon in der ersten Stunde mehr Feuerung verschlingt, als durch das Ausgehen erspart werden konnte. Zweckmäßig ist die gelegentliche Verwendung von Briketts, wenn die Konstruktion des Füllofens das gestattet und man nicht durch Geruch belästigt wird. Auch in der Küche lassen sich gewisse Feuerungsersparnisse bewirken, ohne daß die Speisenzubereitung darunter leidet oder die Hausangestellten über ungenügende Wärme zu klagen brauchen. Auch hier sorge man dafür, daß ein mäßiges Feuer dauernd unterhalten und der Zug gehörig reguliert wird. Die Anlage des Herdes muß eine richtige Zirkulation der Verbrennungsgase gestatten. Wo nur ein mäßiges Feuer gebraucht wird, brenne man Briketts, sonst eine Mischung von Kols und Steinkohlen, die etwas angefeuchtet werden müssen; auch den feinen Staub des Anthrazit sowie Torfgrus verwende man in Gemeinschaft mit dieser. Der billige Kohlengrus eignet sich überhaupt zum Nachlegen von Feuerung; damit er nicht zerstäubt oder zerfällt, ballt man ihn in Zeitungspapier zu apfelgroßen Klumpen zusammen und hat so die Möglichkeit, auch kleinste Abfälle auszunutzen. Zu gleichem Zwecke achte man auch beim Ausnehmen des Herdes auf etwaige ausgegangene Stücke des Brennmaterials, die sich noch verwerten lassen. Eine konsequente Beachtung dieser verschiedenen Möglichkeiten zu Feuerungsersparnissen dürfte beträchtliche Erfolge zeitigen, die weder für Kriegs- noch für Friedenszeiten zu verachten sind. Indessen sei zum Schluß noch darauf hingewiesen, daß wir neben der chemischen auch noch eine mechanische Wärmeregulierung zur Verfügung haben, die nicht immer genügende Beachtung findet. Um einen Ausgleich zwischen der eigenen Körperwärme und der Temperatur der durch Türen, Spalten und Ritzen ins Zimmer eindringenden Außenluft zu schaffen, bedienen wir uns nicht nur der Heizung, sondern auch der Kleidung. Ist diese zweckmäßig gewählt, so können wir es in Zeiten der Kohlenknappheit auch zur Not in weniger ausgiebig geheizten Räumen aushalten, als wir dies sonst gewohnt waren. Bekanntlich bieten mehrere poröse, über einander getragene Kleidungsstücke einen besseren Kälteschutz als ein einziges, besonders dickes Gewand, eine Erfahrung, welche sich die Chinesen längst zunutze gemacht haben. Eine dringende Forderung unserer Zeit ist also diese, die Kleidung mehr als bisher den Wärmeverhältnissen anzupassen. Wer unter den gegenwärtigen Umständen auf Batistblusen und Florstrümpfe nicht verzichten kann, der wird es sicherlich bald bitter bereuen müssen, da er bei länger anhaltender Kälte und andauerndem Kohlenmangel keine Möglichkeit finden wird, sich vor empfindlicher gesundheitlicher Schädigung zu bewahren.

Den lübeckischen Staatshaushaltsplan für das Jahr 1917 verwies der Bürgerausschuß gestern formell an seine Budgetkommission, die sich tatsächlich bereits damit beschäftigt hat. Nach dem vorliegenden Entwurf beziffern sich die Einnahmen auf 22 293 223,25 Mk. (im vorjährigen Voranschlag 20 627 443,30 Mk.), die Ausgaben auf 22 829 524,80 Mk. (21 074 100,04 Mk.), so daß ein Fehlbetrag in Höhe von 536 301,55 Mk. entstehen würde. Gesetzmäßig sind davon 133 038,14 Mk. aus der Ausgleichskasse vorzutragen. Demnach sind weiter aus der Ausgleichskasse 403 263,41 Mark zur Deckung des Fehlbetrages zu entnehmen. An Einkommensteuer sollen 7½ Einheitssätze bei Einkommen über 3000 Mk. und 6¾ Einheiten für Einkommen bis zu 3000 Mk. erhoben werden. Mit Befriedigung kann gesagt werden, daß trotz der Kriegsverhältnisse das Gesamtbild des Haushaltsplanes kein ungünstiges ist.

Die Erweiterung der Feuerwache in der Hansastraße betrifft ein Senatsantrag, den der Bürgerausschuß zur Vorprüfung an eine Kommission verwiesen hatte. Es sollen danach für die bauliche Ausführung, die Aenderung der Telegraphenleitung, die Einrichtung einer Feuermeldezentrale und die Ausstattung der Mannschaftsräume zusammen 97 570 Mark, sowie für die Anschaffung zweier Automobilfahrzeuge, für die Errichtung 10 neuer Beamtenstellen und für die Beschaffung der ersten Ausrüstung und Bekleidung derselben weitere 76 000 Mark bewilligt werden. Die Kommission hat jetzt ihren Bericht erstattet und empfiehlt, daß die geforderte Summe erst in den Haushaltsplan für 1918 eingestellt werde. Weiter ersucht sie den Senat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Uebernahme eines höheren Risikos durch die beiden hiesigen Brandassekuranzkassen und dann eine höhere Beitragsleistung dieser Kassen aus den gesteigerten Ueberschüssen zu erreichen ist und ob eine höhere Leistungsfähigkeit der Brandassekuranzkassen nicht auch durch Uebernahme von Mobiliarversicherungen zu erzielen ist. Der Bürgerausschuß empfahl diese Vorschläge der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung.

Ausgabe von Ersatzmitteln für fehlende Kartoffeln. Der Ausschuß für Kriegshilfe schreibt uns: Die Fortdauer der kalten Witterung hat die Kartoffelzufuhren bisher noch verhindert und der Ausschuß für Kriegshilfe hat aus diesem Grunde auch für die Dauer der Gültigkeit des 16. Abschnittes der Kartoffelkarte an Stelle von Kartoffeln die Verteilung anderer Nahrungsmittel veranlassen müssen. Der Ausfall von 5 Pfund Kartoffeln, welch diejenigen erleiden, die im Dezember und Januar Kartoffeln nicht eingenommen haben, wird ersetzt durch 250 Gramm Mehl gegen Abtrennung der Unterabschnitte 1 und 2, durch 100 Gramm Fleisch gegen Abtrennung der Unterabschnitte 3 und 4, durch 375 Gramm Graupen gegen Abtrennung der Unterabschnitte 5 und 6, durch 10 Pfund Steckrüben durch Abtrennung der Unterabschnitte 7—10 des Abschnittes 16 der Kartoffelkarte. Personen, welche nur noch im Besitze der Unterabschnitte 9 und 10 des Abschnittes 16 der Kartoffelkarte sind, können gleichfalls 10 Pfund Steckrüben bei ihrem Kartoffelhändler entnehmen. — (Anm. der Redaktion: Nach unserer Meinung sind diese Ersatzmittel nicht ausreichend und zweckmäßig. Warum gibt es nicht auch Brot, Dörrgemüse, Konserven oder andere Nahrungsmittel?)

Wieder stärkere Kälte. Nachdem an den letzten Tagen eine mildere Witterung herrschte, ist in der letzten Nacht der Frost wieder eingekehrt. Das Thermometer zeigte bis 10 Grad unter Null an. In dieser Zeit der Kohlenknappheit und der Kartoffelnot ist die Kälte ein doppelt unwillkommener Gast und man kann nur hoffen, daß sein Erscheinen von ganz kurzer Dauer ist.

Der deutsche Transportarbeiterverband, Ortsgruppe Lübeck, im Jahre 1916. Das Berichtsjahr hat der Verwaltung viele Arbeit aber nicht die zu erwartenden Erfolge gebracht. Die Zahl der Eingänge und Ausgänge war sehr erheblich. Außerdem wurden 78 mündliche Auskünfte in Arbeiterversicherungs- und Rechnungssachen usw. erteilt. An Eingaben wurden 10 gemacht. Diejenige um Schaffung besserer Unterkunftsräume und Beleuchtung bei der Erzentlöschung in Schlutup beschäftigte auch die Bürgerschaft. Sämtliche Eingaben waren von Erfolg gekrönt, mit Ausnahme derjenigen an den Ernährungsausschuß. Abgehalten wurden 25 Versammlungen und 41 Sitzungen. Die Verhandlungen betrafen Anträge auf Teuerungszulagen, Stellungnahme zu den verschiedenen Maßnahmen, getroffen vom Reederei-Verein, Garnisonkommando usw., Regelung von Differenzen betr. Nichtinnehaltung der Tarife seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Entscheidung von Unterstützungsgesuchen und taktische Stellungnahme in der gegenwärtigen Zeit zum Wohle der Berufskollegen.

Die Kassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: 1916 stand einer Einnahme von 40 214,83 Mk. eine Ausgabe von 41 292,78 Mk. gegenüber. An die Hauptkasse wurden in bar 13 683,78 Mk. abgeführt. An Arbeitslosenunterstützung wurden 293,60 Mk., Krankenunterstützung 4517,75 Mk., Sterbeunterstützung 3361,00 Mk., davon an Gefallene 2090,00 Mk., Weihnachtsunterstützung an die Familien der Eingezogenen 4694,00 Mk. und an Effektenversicherung sind einem schiffbrüchigen Seemann 125,00 Mark gezahlt. Der Ueberschuß von der Tombola betrug 428,35 Mark.

Der Kassenbestand des Notfonds beträgt 365,755 Mk. An Familienunterstützung wurden 102,00 Mk., an ausgesteuerte Kollegen 102,00 Mk. und in besonderen Notfällen 167,00 Mk. gezahlt.

Die Mitgliederzahl beträgt 1238, davon 1179 männliche, 26 weibliche und 33 jugendliche Mitglieder. Eingezogen sind 1158 verheiratete und 471 unverheiratete Kollegen, zusammen 1629. Gefallen oder an ihren Verwundungen gestorben sind 119, davon 79 verheiratete Kollegen mit 139 Kindern und 40 unverheiratete Kollegen. Zurückgekehrt sind 27 Mitglieder. Ausgeschieden sind 58, abgereist 44 und gestorben 66 Kollegen. An Neuaufnahmen waren zu verzeichnen: 71 männliche und 9 weibliche. Auf Grund der gerade in unserem Berufe vorhanden gewesenen Arbeitsgelegenheit hätten die Neuaufnahmen größere sein müssen. Hierbei muß also konstatiert werden, daß unter den gegebenen Verhältnissen es schwer hält, eine Agitation entfalten zu können. Unsere Mitgliederzahl hätte die doppelte sein können, wenn wir nicht an den Beschluß der Generalkommission, daß während des Krieges Uebertritte aus anderen Verbänden nicht gestattet, gebunden wären. Groß ist die Zahl der speziell am Hafen Beschäftigten, die sich aus Mitgliedern anderer Verbände rekrutieren.

Die Zahl der vollzogenen Lohnbewegungen betrug 11. Für die Schiffer-, Schuten- und Deckleute wurde eine Zulage von 6,— Mark resp. 3,— Mk. pro Woche erzielt. Die Kutscher der Firma Charles Petit u. Co. erhielten eine abermalige Zulage von 1 Mk. pro Woche, für die Ueberstunden statt 60 Pfg. jetzt 85 Pfg. und kein Abzug für Kranken- und Invalidengeld. Bei den Schauerleuten trat eine Erhöhung des Tagelohns um 50 Pfg. und Zuschlag von 10 Pfg. für die Ueberstunden ein. Bei Sonntagsarbeiten wurde die Garantie des Mindestlohnes von 1,50 Mk. auf 2 Mark erhöht. Außerdem fanden in 34 Positionen Neufestsetzungen resp. Erhöhungen für Artikel, die im Akkord gearbeitet, statt. Bei den Kohlenplatzarbeitern und Kohlenkutschern wurde der Wochenlohn um 2 Mk. erhöht und die Arbeitszeit bis abends 6 Uhr festgelegt. Der geltende Lohnvertrag der bei den Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter wurde unter den gleichen Bedingungen bis zum 31. Dezember 1917 verlängert. Der 1915 festgelegte Kriegszuschlag von 20 Prozent wurde auch auf die Verladungen am Kai, auf Eisenbahnwagen ausgedehnt. Für verschiedene Holzsorten auf neuen Plätzen fanden dann noch Festsetzungen mit den Holzspediteuren statt, die für die Arbeiter als günstig zu bezeichnen waren. Eine Aenderung des Kriegszuschlages fand auch bei den Lastadiearbeitern statt. Dieselben erhalten jetzt bei neunstündiger Arbeitszeit 15 Proz., bei achtstündiger Arbeitszeit 25 Proz. und bei siebenstündiger Arbeitszeit 35 Proz. Aufschlag. Den Platzarbeitern der Kohlengroßhandels-Gesellschaft wurden durch Vermittlung der Organisation ebenfalls Lohnzulagen gewährt. Dieselben betrugen bei den Vorarbeitern, Kranführern und Arbeitern durchschnittlich 3 Mk. pro Woche. Für die Umschlagsarbeiten in der Kohlenbranche ist mit den Arbeitgebern ein Tarif, der eine vierteljährliche Kündigung vorsieht, vereinbart. Dieser Tarif sieht wesentliche Veränderungen zugunsten der Arbeitnehmer vor. Dann sei noch auf die Verhandlungen mit der Genossenschaftsbäckerei und dem Lübecker Konsumverein hingewiesen. Bei der Bäckerei ist erzielt, daß für sämtliche Kutscher gleich der Höchstlohn von 35,30 Mk., auch für Anfänger gezahlt wird. Außerdem eine monatliche Zulage von 18 Mk. Den Kutschern, Arbeitern und Arbeiterinnen des Lübecker Konsumvereins ist eine Teuerungszulage für ledige von 10 Proz. und für verheiratete Kollegen von 12 Proz. zugebilligt worden.

Einen großen Aufwand von Arbeitskraft erforderten die Erledigungen von Differenzen. Soweit wir es uns möglich war, konnten wir 158 Fälle festhalten. Diese Differenzen ergaben sich in der Hauptsache aus dem Verhalten unserer Kollegen auf den Arbeitsplätzen, die meistens hervorgerufen wurden durch die neuen Kräfte, die mit den tariflichen Bestimmungen und Eigentümlichkeiten des Lübecker Hafens nicht vertraut waren. Auch Neueinführungen und nicht korrektes Verhalten einzelner Arbeitgeber führten zu Mißhelligkeiten. Wir erinnern nur an die Beschäftigung von Soldaten und Indier (Laskaren) im Hafen. Es gelang uns denn auch in den meisten Fällen einen Ausgleich schaffen zu können. Mit dem Reederei-Verein hatten wir allein 9 Sitzungen abgehalten, in denen 37 Fälle zu erledigen waren. Die Regelung der Differenzen erstreckten sich auf die Schauerei-, Speditions-, Lastadie-, Kohlen- und Fuhrwerksbetriebe. Je eine Differenz war mit dem „Lübecker Volksboten" und dem Konsumverein zu erledigen, die beide eine günstige Erledigung fanden.

Zum Schluß sei noch auf die Frauenarbeit während der Kriegszeit hingewiesen. Sie vollzieht sich in zwei uns zuständigen Berufen, nämlich auf den Holzlägern und bei der Lübecker Straßenbahn. Auf den Holzlägern können ca. 70 und bei der Straßenbahn ca. 40 Frauen beschäftigt sein. Von einer Agitation unter den Frauen haben wir Abstand genommen, weil wir diese Arbeiten als nicht geeignet für Frauen halten, wie es ja auch die Praxis gelehrt hat. Die Frauenarbeit in diesen Berufen kann nur während der Kriegsdauer angebracht erscheinen, sodaß die Zugehörigkeit dieser Frauen zu unserer Organisation nur vorübergehend sein würde. Sollten wider Erwarten nach dem Kriege unsere Voraussetzungen nicht eintreffen, so werden wir schon zu gegebener Zeit auf dem Posten sein.

Mit Beginn des neuen Jahres trat das „Vaterländische Hilfsdienstgesetz" in Kraft. Jede männliche Person im Alter von 17 bis 60 Jahren ist zum Vaterländischen Hilfsdienst verpflichtet. Ein Arbeitswechsel ist nur mit Aushändigung eines Abkehrscheins zulässig. Eine Entscheidung darüber, ob der Abkehrschein ausgestellt wird oder nicht, obliegt einem Schiedsgericht. Differenzen über Lohn- und Arbeitsmethoden unterliegen ebenfalls in letzter Instanz einem Schiedsspruch. Die Mehrzahl unserer Betriebe unterstehen dem Hilfsdienstpflichtgesetz, deshalb war auch unser Augenmerk darauf gerichtet, in dem Schlichtungs-Ausschuß im Gebiet des Bezirkskommandos Lübeck eine Vertretung zu bekommen. Dieses ist uns denn auch gelungen. Wir wollen an dieser Stelle nicht versäumen, allen Mitgliedern, die zur Ausbreitung der Organisation mit tätig waren, unseren wärmsten Dank auszusprechen. Wir haben das Bewußtsein, im verflossenen Jahre unsere Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben und wünschen, daß dieser Bericht einer gerechten Würdigung unterzogen werde.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich von Armentieres drangen nach starker Feuerwirkung mehrere englische Kompagnien in unsere Stellung. Kraftvoller Gegenstoß warf sie sofort wieder hinaus. Bei Säuberung der Gräben wurden 200 tote Engländer gezählt, 39 wurden gefangen zurückgeführt.

Erkundungsvorstöße des Feindes südwestlich von Warneton, südlich des La-Bassee-Kanals und zwischen Ancre und Somme schlugen fehl.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südwestlich von Riga und am Südufer des Narocz-Sees scheiterten Unternehmungen russischer Abteilungen bis Kompagniestärke.

Bei Labusy an der Schtschara und an mehreren Stellen zwischen dem Dnjester und den Waldkarpathen wurden einige Handstreiche von unseren Stoßtrupps erfolgreich durchgeführt.

An der

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

herrschte bei Schneetreiben nur geringe Gefechtstätigkeit.

Mazedonische Front.

Oestlich des Wardars versuchten sich Engländer vor unserer Stellung einzunisten. Sie wurden mit Handgranaten vertrieben.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Briefe an deutsche Zivilpersonen in Südwestafrika. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Immer wieder werden Klagen laut, daß Briefe an deutsche Zivilpersonen in Südwestafrika den Empfänger nicht erreichten. In der Hauptsache wird dies darauf zurückgeführt sein, daß für die Beförderung solcher Briefsendungen nicht der richtige Weg gewählt wird und bei der Aufschrift und der Abfassung der Briefe die von den englischen Zensurbehörden erlassenen Bestimmungen nicht beachtet werden. In nachstehendem werden daher die bei solchen Sendungen zu beachtenden Vorschriften nochmals zur Kenntnis gebracht.

Die Briefe müssen mit Tinte in lateinischer Schrift geschrieben sein. Sie dürfen nicht mehr als 2 Seiten lang sein und keine Anspielungen auf kriegerische oder politische Ereignisse enthalten. Briefe mit deutschen Schriftzeichen lassen die britischen Behörden nicht zu. Auf dem Briefumschlag und dem Brief selbst ist der volle Name und die genaue Adresse des Absenders zu vermerken. Die Briefaufschrift hat wie folgt zu lauten:

Name . . . . . .
Wohnort im Schutzgebiet
Military Protectorate South-Africa
by the Chief Civil Secretary at Windhuk.

Briefe, welche in der Aufschrift den Vermerk „Deutsch-Südwestafrika" tragen, werden von der englischen Zensur nicht weiterbefördert. Ein unmittelbarer Verkehr mit Südwestafrika ist nicht möglich. Die Briefe müssen deshalb zur Weiterbeförderung an das Internationale Friedensbureau in Bern, an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf oder an das Rote Kreuz, Abteilung für Gefangenenschutz, in Frankfurt a. Main, Zeil 114, gesandt werden. Zur Deckung der Portokosten ist ein internationaler Antwortschein beizufügen, der bei jedem Postamt käuflich zu haben ist.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Es wird die Besucher des Hansa-Theaters ganz besonders interessieren zu erfahren, daß die bekannte und beliebte Operette „Die lustige Witwe" mit der Musik von Franz Lehar, am Sonnabend abend 7½ Uhr zur Aufführung gelangt. Sonntag abend wird sie zum ersten Male wiederholt. Am Sonntag nachmittag 3½ Uhr wird zu ermäßigten Preisen „Der Trompeter von Säkkingen", Volksstück mit Gesang, gegeben. Die Direktion glaubt, mit der Wahl dieses Stückes den Besuchern der Sonntag-Nachmittagsvorstellungen einen besonderen Gefallen zu erweisen. Montag bleibt laut behördlicher Anordnung das Theater geschlossen. An den übrigen Wochentagen — ausgenommen Freitag — wird „Die lustige Witwe" allabendlich 7½ Uhr wiederholt.

Vergiftet hat sich die Verkäuferin einer Brotverkaufsstelle der Bäckerei von Junge vor dem Mühlentor. Man fand die Unglückliche morgens tot im Laden. Über die Ursache der unseligen Tat ist Bestimmtes nicht mitzuteilen.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Schiffskellner, der einem Matrosen den Seesack mit Kleidungsstücken gestohlen hatte.

pb. **Unerlaubte Entfernung.** Ein Rekrut, der sich seit längerer Zeit von seinem Truppenteil entfernt hatte, konnte in einer hiesigen Herberge ermittelt und der Militärbehörde zugeführt werden.

pb. **Lebensmittel und Kleidungsstücke entwendet.** Auf einem im hiesigen Hafen liegenden Segelschiff sind in letzter Zeit verschiedene Lebensmittel, zwei Paar Seestiefel und Kleidungsstücke gestohlen worden. Durch die angestellten Nachforschungen wurden zwei Matrosen eines benachbarten Schiffes als Täter ermittelt. Ein weiterer an dem Diebstahl beteiligter dritter Matrose war bereits wegen eines andern von ihm begangenen Diebstahls festgenommen worden.

pb. **Festgenommen** wurde ein Gelegenheitsarbeiter, der seine Brot-, Fleisch- und Seifenkarten sowie sein Lebensmittelbuch verkaufte.

pb. **Verdächtig.** Ein hier wohnhaftes Ehepaar wurde festgenommen, welches in dringendem Verdacht steht, mit einem noch nicht ermittelten Arbeiter Geflügel- und Lebensmitteldiebstähle ausgeführt zu haben.

pb. **Brotdiebstahl.** Festgenommen wurden zwei Gelegenheitsarbeiter, die aus einem in der Lindenstraße haltenden Brotwagen mehrere Brote entwendet haben.

pb. **Fleischdiebstahl und Hehlerei.** Festgenommen wurden mehrere Schlachtergesellen, die auf dem hiesigen Schlachthof Fleisch in erheblichen Mengen gestohlen hatten. Ein Kellner und ein früherer Schankwirt, die das gestohlene Fleisch kauften und sich dadurch der Hehlerei schuldig gemacht haben, wurden ebenfalls festgenommen.

pb. **Verhaftet.** Ein Maschinist eines im Hafen liegenden ausländischen Schiffes wurde festgenommen, weil er in unerlaubter Weise Briefschaften von dem Auslande nach hier befördert hat.

Neumünster. Tödlich verunglückt ist auf Bahnhof Brokstedt der Eisenbahngehilfe Bruhns, der am 1. Januar von Rolfshagen bei Oldesloe nach Brokstedt versetzt worden war. Bruhns begleitete in der Dunkelheit einen Güterzug auf der Station. In dem Augenblick, als er das Hamburger Gleis überschritt, wurde er von einem Personenzug erfaßt, zu Boden geworfen und 200 Meter mitgeschleift. Nachdem der Zug zum Stehen gebracht worden war, wurde der Verunglückte zermalmt unter dem Zug hervorgeholt. — Verunglückt ist auf dem Bahnhof Bordesholm der Hilfsbremser Ortmann. Ihm ist beim Rangieren ein Kloben Holz vom Wagen auf den Kopf gefallen, wodurch er zu Fall gekommen und unter den Wagen geraten ist. Durch Ueberfahren ist ihm der linke Arm abgequetscht worden, der nach der Einlieferung des Verunglückten im Krankenhaus abgenommen worden ist.

Celle. 14 Soldaten überfahren und getötet. Eine Abteilung Soldaten, die dem Gefangenenlager in Scheuen als Wachtmannschaften neu überwiesen worden war, wollte von Garssen aus dorthin marschieren. Den Mannschaften war unbekannt, daß die Kleinbahn Celle—Soltau beim Bahnübergang zwischen Garssen und Scheuen einen scharfen Bogen macht, so daß der Zug erst kurz vor dem Uebergang erblickt werden kann. Als die Soldaten den Uebergang betreten hatten, nahte sich plötzlich ein Zug, fuhr in die Mannschaften hinein, wodurch vierzehn getötet wurden. Wen das Verschulden an dem furchtbaren Unglück trifft, konnte noch nicht festgestellt werden.

Bremen. Fortschritt der Partei. In einer Versammlung des Parteivereins in Bremen gab der Vorsitzende, Genosse Deichmann, nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Karl Legien über das Thema „Die deutschen Arbeiter und der Weltkrieg" ein Bild von der Entwickelung des Parteivereins. Bei der Gründung am 8. Dezember v. J. ließen sich 250 Mitglieder einschreiben. Im Januar leisteten 500 Mitglieder Beiträge, im Februar 1000 Mitglieder. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß die Mitglieder selbst eifrig tätig sind, um am Quartalsabschluß 2000 Mitglieder verzeichnen zu können. Die tüchtigen Fortschritte des zur Mehrheit stehenden Parteivereins zeigen, daß immer mehr Genossen zur Klarheit über das parteischädigende Treiben der Arbeitsgemeinschaftler und Spartakusleute gelangen, aus dieser Erkenntnis die richtige Nutzanwendung ziehen und zur alten Partei zurückkehren.

Soziales.

Forderungen der deutschen Schulärzte. Die Vereinigung der deutschen Schulärzte hielt in der Berliner Universität eine Besprechung ab. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten Mindestforderungen an den schulärztlichen Dienst. Stadtschularzt Dr. Steinhaus (Dortmund) stellte in längerem Vortrage folgende Forderungen auf: 1. Regelmäßige Ueberwachung der hygienischen Einrichtungen der Schulen, insbesondere der Klassenräume, zweimal im Jahre; 2. Untersuchung der Lernanfänger; 3. regelmäßige Klassenbesuche der Aerzte und zwar ein- bis zweimal jährlich zur Ermittelung kränklicher Kinder; ferner Untersuchung der „Ueberwachungsschüler" und Prüfung der hygienischen Einrichtungen; 4. regelmäßige Sprechstunden für Kinder und gegebenenfalls auch für die Eltern im Schulhause, mindestens alle vierzehn Tage; 5. Reihenuntersuchungen ganzer Jahrgänge; 6. Nutzbarmachung aller ärztlichen Einrichtungen und Wohlfahrtseinrichtungen zur Behandlung der schulpflichtigen Kinder. Ferner wünschte der Redner die Beratung der Schulverwaltung in Fragen der Hygiene, soweit schulärztliche Gesichtspunkte dabei in Frage kommen. Die Erfüllung dieser Mindestleistung setze eine besondere Ausbildung der schulhygienischen Tätigkeit der Aerzte unbedingt voraus. Der für Volks- und Bürgerschulen einheitlich geregelte schulärztliche Dienst sei sinngemäß auch auf die höheren Lehranstalten und die Fortbildungsschulen auszudehnen. Der Vortragende bezeichnete es als dringend erforderlich, die Schulhygiene nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Er beantragte die Einsetzung einer Kommission, die auf Grund der gesammelten Erfahrungen 1. einen einheitlichen Ueberwachungsdienst, 2. eine einheitliche Jahresberichtstabelle, 3. eine einheitliche Dienstanweisung in Vorschlag bringen soll. Die Aussprache, die dem Vortrage folgte, endete mit der Annahme der von Dr. Steinhaus empfohlenen Entschließung.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. Februar. Im 11. Berliner Landtagswahlkreise, in dem bekanntlich für Dr. Liebknecht eine Ersatzwahl vorzunehmen ist, wurden gestern bei den Ersatzwahlen für die ausgeschiedenen und verstorbenen Ersatzmänner etwa 150 Wahlmänner der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Spartacus-Gruppe, ca. 60 Wahlmänner der alten sozialdemokratischen Partei und ungefähr ebensoviel der bürgerlichen Parteien gewählt. Einen sicheren Schluß auf das Ergebnis der Neuwahl lassen die Wahlmänner-Wahlen noch nicht zu, da man nicht weiß, für welchen Kandidaten sich die im Amt verbliebenen Wahlmänner entscheiden werden.

Berlin, 2.. Februar. Wie wir erfahren, sind die an Bord der „Narrowdale" nach Deutschland eingebrachten amerikanischen Mitglieder der Besatzungen aufgebrachter bewaffneter feindlicher Handelsschiffe freigelassen worden. Obwohl nach Lage der Sache die Amerikaner als Kriegsgefangene behandelt werden konnten, hatte man ausnahmsweise ihre Freilassung schon vor längerer Zeit beschlossen, da sie beim Antritt der Reise nicht wußten, daß sie in Deutschland als Besatzung eines feindlichen bewaffneten Handelsschiffes als Kriegsgefangene behandelt werden würden. Die nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten hier eingetroffenen Nachrichten aus Amerika über die Beschlagnahme deutscher Schiffe und die Internierung der deutschen Besatzungen ließen es jedoch ratsam erscheinen, bis zu einer amtlichen amerikanischen Mitteilung über den wirklichen Sachverhalt die Leute nicht freizugeben. Dies ist nunmehr geschehen, nachdem auf amtlichem Wege die Mitteilung hierher gelangt ist, daß die deutschen Schiffe in Amerika nicht beschlagnahmt und ihre Besatzungen nicht interniert worden sind.

Amsterdam, 21. Februar. Aus London wird amtlich gemeldet: Infolge des am 1. Februar von Deutschland angekündigten verschärften U-Boot-Krieges hat die englische Regierung folgende Vorschriften mit Bezug auf die englische Sperre erlassen: Alle Schiffe, die nach oder von einem Hafen fahren, von wo eine Möglichkeit besteht, feindliches Gebiet zu erreichen, ohne einen englischen oder einen Hafen eines verbündeten Landes anzulaufen, werden so behandelt, als beförderten sie Güter des Feindes oder Güter mit feindlicher Bestimmung. Sie werden daher aufgebracht und gegebenenfalls vor ein Prisengericht gestellt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Was sollen wir damit machen?

Leider gibt es noch immer keine Kartoffeln für die Kreise der Bevölkerung, die nicht in der Lage waren, sich damit ausreichend einzudecken. Steckrüben sind die Losung, bis zum Ueberdruß. Aber der Mensch kann doch nicht fast ausschließlich von Steckrüben leben, zumal wenn sie kaum genießbar sind wie die jetzt erhältlichen. Das scheint auch die Meinung der Kriegshilfe zu sein, denn sie hat als Ersatz für Kartoffeln neben Steckrüben Mehl, Graupen und 100 Gramm Fleisch auszugeben beschlossen. Es fehlt aber das Fett, um das Mehl zum Backen verwenden zu können, die Milch, in der man Graupen kochen kann. Also nützen diese Ersatzmittel bestimmt wenig. Viel richtiger wäre es gewesen wenn man wieder Brot mit als Ersatz für die Kartoffeln gegeben hätte. Das kann man doch auch trocken essen. Wir haben das Empfinden, als ob die Unzulänglichkeit der Ernährungsmöglichkeiten in den minderbemittelten Volksschichten, die doch die größte Zahl der Landesverteidiger stellen, bei manchen Leuten, in deren Hände die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung mitgelegt ist, noch nicht das richtige Verständnis findet.

Mehrere Kriegerfrauen.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Durch C. Möller . . . . . 0.50 Mk.
Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten" bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Ausführungsbestimmung zum siebenten Nachtrag vom 20. Februar 1917 zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916 betreffend die Abgabe und den Verbrauch von Kartoffeln.

Der Ausschuß für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I.

Die **Schlachter**, welche auf Grund der Unterabschnitte 3 und des Abschnittes 16 der Kartoffelkarte je **100 Gramm Fleisch** ausgeben haben, sollen dies nicht schon bei der vorgeschriebenen Anmeldung geschehen sein sollte, spätestens bei der Fleischausgabe Namen und Wohnung der Kartoffelkarteninhaber und die Zahl der vorgelegten Kartoffelkarten in einer besonderen Liste zusammenzustellen und diese Liste mit den Kartoffelkartenabschnitten zusammen dem Polizeiamt spätestens am Montag, dem 26. Februar einzuliefern. Die erfolgte Eintragung in die Liste ist durch den Aufdruck des Firmenstempels auf der Rückseite des Kopfes der Kartoffelkarte zu bescheinigen.

II.

Die **Kolonialwarenhändler**, welche auf Grund der Unterabschnitte 5 und 6 des Abschnittes 16 der Kartoffelkarte je **375 Gramm Graupen** ausgeben, haben bei der Graupenausgabe Namen und Wohnung der Kartoffelkarteninhaber und die Zahl der vorgelegten Kartoffelkarten in einer besonderen Liste zusammenzustellen und diese Liste mit den Kartoffelkartenabschnitten zusammen der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle spätestens am 3. März d. Js. einzuliefern. Die Namen der Kolonialwarenhändler, welche Graupen ausgeben, werden von der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle noch besonders bekanntgegeben werden. Die erfolgte Eintragung in die Liste ist durch den Aufdruck des Firmenstempels auf der Rückseite des Kopfes der Kartoffelkarte zu bescheinigen.

Lübeck, den 21. Februar 1917.

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

7356

Friseurgehilfe sofort oder später bei gutem Lohn gesucht. (7362 **Beathin,** Marlistr. 44 a.

Suche für kleine feine Branchefamilie **Alleinmädchen** nach außerhalb. (7352 Doniastr. 23, part.

Gesucht eine **2-Zim. Wohng.** Nähe Broiana-Friedenst. u. Ang. unt. **B S** an die Exp. (7354

Ein Peddigrohr-Kinderwag. zu verkaufen. (7357 Marl. r. 18 a. II. rechts.

Feld-Kamera 4X6,5, für Reflex, zu verkauf. 7351) Umstraße 46.

Will zu verk. gut erh. Kost. Weste, m. Hose, Geb. u. Weste, mittl. Figur, gr. Wandschr. 7350 Wakenitz. 5, I.

Zu kaufen gesucht ein guter, dunkler **Herren-Anzug,** mittlerer Figur. Angeb. mit Preis unter **T W 35** an die Exped. (7360

Kartoffeln trockene, nicht ab gegen Karten sind unentbehrlich in der amtlichen Bekanntmachung der Städtischen Kartoffelstelle nicht mit benannt worden. (7361

C. Heese, Meierstr. 26. Königstr. 48

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers Markt 4. Kohlmarkt 10. Mitgl. des Zeh.-Spar. Lübeck.

Wer sich für die **Geschichte Lübecks** interessiert, der lese die Werke von Th. Schwartz **Bilder aus Lübecks Vergangenheit** sowie **Hinrich Paternostermaker** eine wertvolle Schrift aus Lübecks Geschichte im 14. Jahrhundert.

Da der Bezugspreis jetzt bedeutend ermäßigt ist, so ist es jedem möglich diese beiden wertvollen Bände zur Hausbibliothek anzuschaffen. Bestellungen nehmen entgegen unsere sämtlichen Kolporteure und Zeitungsausträger sowie die Expedition des „Lübecker Volksboten."

Fr. Meyer & Co., Buchhandlung. Johannisstr. 46.

Feldpostbriefe 5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg. **Feldpostkarten** 10 Stück 10 Pfennig hält vorrätig **Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstraße 46.

Das tägliche Brot von C. Viebig

Illustriert von J. Damberger-München

In Freien Stunden

Am 1. Januar beginnt diese Romanzeitung der deutschen Arbeiterschaft ihren 21. Jahrgang. Sie ist in der Kriegszeit ein willkommener Kamerad, namentlich den zahlreichen Frauen, die sich in einer Sonntagsstunde erholen wollen von der Last ihrer Sorgen und den schweren Eindrücken der kriegerischen Ereignisse. „In Freien Stunden" werden ihren Inhalt nun noch abwechselungsreicher gestalten. Insbesondere wird die Zahl der Bilder aus allen Wissens- und Lebensgebieten wesentlich vermehrt und einige neue Rubriken (z. B. Rätsel und Winke für Küche und Haus) werden neu eingeführt werden. Jeder Parteigenosse, jede Parteigenossin sollte an der immer weiteren Verbreitung dieser guten und billigen Wochenschrift mitarbeiten und sie auch den Angehörigen im Felde zukommen lassen. Wöchentlich erscheint ein reich illustriertes Heft für 15 Pfennig.

Ich bestelle hierdurch
„In Freien Stunden", wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Name: _____

Ort und Straße: _____

(Der Bestellzettel ist ausgefüllt dem Zeitungsboten mitzugeben.)

Zu beziehen durch:
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Der neueste Kriegs-Atlas mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des Weltkrieges ist eingetroffen. = Preis 1.— Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Bilderleisten einrahmungen 7004 Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 55. Fernruf 2808.

Es lebe der Frieden Von Philipp Scheidemann. Zeitgemäße Betrachtungen. Preis broschiert in Vereinsausgabe 40 Pfg. **Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

England und die Sperrung der See Preis 20 Pfg. **Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.

Hansa-Theater. 7053 Donnerstag, den 22. Februar abends 7½ Uhr: Zum letzten Male: **Die Dollarprinzessin.** Freitag, den 23. Februar **geschlossen.**

Stadttheater. 7060 Donnerstag, 22. Februar 1917 **Carmen.** Oper von G. Bizet. Freitag, den 23. Februar 1917 **Der Wildschütz.** Komische Oper v. A. Lortzing. Sonnabend, 24. Febr. 1917 2. Aufführung von **Madame Legros** Drama v. Heinrich Mann. Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr.

Nr. 45
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag,
den 22. Februar 1917

Arbeiterfragen vor dem Hilfsdienstausschuß.

Der Hilfsdienstausschuß erledigte in seiner Sitzung vom Dienstag zunächst eine Anzahl Petitionen. Ein Vertreter des Kriegsamts hielt dann einen kurzen Vortrag über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Zusammenfassend wurde dargelegt, daß das Kriegsamt die Aufgabe habe, dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeschädigten in Stellen untergebracht werden, wo sie die ihnen verbliebene Arbeitskraft nutzbringend verwerten können. Möglichst sollen die Leute in Dauerstellungen in ihren früheren Beruf gebracht werden. Das wird allerdings dadurch erschwert, daß eine Reihe von Industrien stilliegen. Wer vom Lande stammt, der soll auf alle Fälle dem Lande erhalten bleiben. — General Gröner fügte hinzu, daß man mit dem jetzigen System ganz ausgezeichnete Erfolge erzielt habe. — Abg. Keinath (Natl.) verlangt, daß den Leuten die Gewißheit bleiben muß, daß ihnen die Rente nicht entzogen oder verkürzt wird. Eine längere Debatte entspann sich dann über die Frage, ob die vom Lande stammenden Kriegsbeschädigten wieder unter allen Umständen der Landwirtschaft zugeführt werden müßten. Die Konservativen vertraten die Ansicht, daß für die Kriegsbeschädigten geradezu eine Wohltat darin liege, wenn sie, soweit sie aus der Landwirtschaft hervorgegangen sind, wieder der Landwirtschaft überwiesen würden. Dazu käme noch, daß die Landwirtschaft Mangel an Arbeitskräften habe, und daß die landwirtschaftliche Arbeit als vaterländischer Hilfsdienst gelte. Von den Fortschrittlern sowohl als auch von den Sozialdemokraten wurde dieser Auffassung entgegengetreten. — Abg. Bauer stellte ausdrücklich fest, daß niemand gezwungen werden dürfe, wieder auf das Land zurückzukehren. Viele Verletzte seien auch gar nicht mehr für die Landwirtschaft brauchbar. Auf keinen Fall dürfe die persönliche Freiheit der Kriegsbeschädigten in solchem Maße beschränkt werden. Es werde an sich schon seitens der Kriegsbeschädigten sehr über rigoroses Vorgehen geklagt. Kriegsbeschädigte seien sogar schon als arbeitsverwendbar wieder eingezogen worden. — Abg. Dittmann (Soz. Arb.) stimmt in diese Kritik ein und hebt hervor, daß ein solcher Zwang, auf das Land zurückzukehren, direkt dem Gesetz widerspreche. Mit dem Gesetz sei es auch nicht in Einklang zu bringen, wenn man die Kriegsverletzten den Hilfsdienstpflichtigen gleich stellen wolle. — General Gröner bemerkte, daß jeder Zwang ausgeschlossen sein solle; aber es sei dringend wünschenswert, der Landwirtschaft genügend Arbeitskräfte zuzuführen.

Die Kommission wandte sich dann der Frage der Facharbeiter zu. Von einem Vertreter des Kriegsamts wurde ein kurzer Vortrag gehalten der dahin ging, daß die Ermittlung der bei der Truppe befindlichen Facharbeiter durch sachverständige Offiziere stattfinde. Für jeden einzelnen Mann werde dann eine Facharbeiterkarte hergestellt, die alle Angaben über frühere Beschäftigung, Wohnort, Familienverhältnisse usw. enthalte. Auf Grund dieser Karte wählen dann die Generalkommandos die angeforderten Facharbeiter aus. Facharbeiter würden in allen Fällen nur dann zugewiesen, wenn freie Arbeiter für den betr. Beruf nicht mehr zur Verfügung ständen. Die Facharbeiter würden dann beurlaubt und könnten unter anfordernden Firmen wählen. In neuester Zeit sind die Facharbeiter in Facharbeiterbataillone zusammengefaßt worden, was die Auswahl wesentlich erleichtere. Die Vertreter der Industrie hätten darum die Möglichkeit, direkt beim Bataillon mit den Arbeitern sich in Verbindung zu setzen und Arbeitsverträge abzuschließen. — General Gröner fügte noch hinzu, daß eine Bundesratsverordnung in Vorbereitung sei, wonach das System der Personalkarte für alle Hilfsdienstpflichtigen vom 48. bis 60. Jahre zur Einführung gelangen soll. Nach den auf den Karten gemachten Angaben hätten dann die Einberufungsausschüsse zu entscheiden. General Gröner machte dann nähere Ausführungen über die Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften, insbesondere soll auch auf die Frauen in den Kleinstädten eingewirkt werden, daß sie sich freiwillig für diese Arbeit zur Verfügung stellen. — Abg. Silberschmidt vermißt die Zusicherung, daß bei Abschluß von Arbeitsverträgen die tariflichen Löhne beachtet werden müssen. Es sind Fälle vorgekommen, daß bei Ueberweisung aus Arbeiterbataillonen niedrigere Löhne vereinbart worden seien. Lohndrückerei müsse auf alle Fälle vermieden werden. Die Offiziere warnen mitunter die Arbeiter, die zur Beurlaubung gelangen, sich an Bestrebungen auf Erhöhung der Löhne zu beteiligen, oder sich den Gewerkschaften anzuschließen. Derartige Uebergriffe müßten verhütet werden. — Abg. Schiele (K.) erörtert den Leutemangel auf dem Lande und schlägt vor, die Beaufsichtigung der Gefangenen mehr den Landwirten zu übertragen. — Abg. Dittmann bemerkt, die Freizügigkeit der reklamierten Facharbeiter dürfe nicht durch die Drohung mit dem Schützengraben eingeschränkt werden. Die Rheinisch-Westfälischen Werke hätten eine Vereinbarung getroffen, keine Bescheinigung auszustellen, in der die Bezahlung eines höheren Lohnes zugesichert werde. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß die Arbeiter den Abkehrschein erhalten können.

Die Kommission trat dann in die Beratung eines Entwurfs einer Verordnung über die Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten ein. Der Entwurf sieht vor, daß diese Beschäftigten den Sozialgesetzen für die Dauer dieser Beschäftigung unterstehen. Personen, die aus einem anderen Beruf kommend in der Landwirtschaft Arbeit nehmen und deshalb den Landkrankenkassen beitreten müssen, sollen ohne Rücksicht auf die Art ihrer Beschäftigung als Facharbeiter gelten. Damit soll verhütet werden, daß sie im Falle der Krankheit sich mit den geringeren Leistungen der Landkrankenkassen für ländliche Arbeiter begnügen müssen. Der Aufenthalt der Hilfsdienstpflichtigen im Ausland steht versicherungsrechtlich dem Aufenthalt im Inlande gleich. Bestimmungen in den Satzungen einer Ersatzkasse, nach denen ein Mitglied bei Uebernahme einer Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst ausscheiden müßte oder einen sonstigen Rechtsnachteil erleiden würde, dürfen nicht gegen den Willen des Mitglieds geltend gemacht werden.

Auch die Bestimmungen der Unfallversicherung, der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sowie der Angestelltenversicherung finden auf die Hilfsdienstpflichtigen sinngemäße Anwendung. Die Verordnung, die in den nächsten Tagen erfolgen wird, erhält rückwirkende Kraft bis zum 5. Dezember 1916. Der Entwurf wurde nach längerer Debatte mit einigen Abänderungen angenommen.

Ruhleben.

Ueber das Internierten-Lager Ruhleben bei Spandau und die Behandlung der dort untergebrachten englischen Zivilpersonen ist in der englischen und der gesamten Entente-Presse das Menschenmögliche zusammenfabuliert worden. Nun war ganz kürzlich die Anordnung getroffen worden, daß ein Teil der Internierten in das neue Lager zu Havelberg verlegt werden solle. Da beschlossen aber die angeblich Gequälten einstimmig folgendes Gesuch an den Lagerkommandanten:

J. Powelt,
Oberobmann des Lagers.

Engländerlager
Ruhleben bei Spandau, 18. 9. 16.

Sr. Hochwohlgeboren
Graf von Schwerin-Wolfshagen,
Kommandant des Engländerlagers
Ruhleben.

Hochgeehrter Herr Graf!

Obwohl allzeit von dem Wunsche erfüllt, Ihnen womöglich die Bürde unserer Angelegenheiten zu ersparen, können wir in diesem Augenblick nicht umhin, Ihre Hilfe anzurufen, in der Hoffnung, daß der Beschluß, eine große Anzahl von uns nach Havelberg zu schicken, nochmals in Erwägung gezogen werden möge. Sie, Herr Graf, haben dieses Lager von Anfang an geleitet und sind Zeuge gewesen, wie es sich nach und nach zu einer kleinen Gemeinde entwickelt hat, in welcher wir Internierten versucht haben, innerhalb der uns von Ihnen zugewiesenen Grenzen jene Wohltaten, die das Leben in der Freiheit mit sich bringt, auch in der Gefangenschaft zu erwerben. Der Befehl, der uns zu unserm heutigen Schreiben veranlaßt, setzt die Ergebnisse dieser Arbeit in Gefahr und droht unsere Verwaltung zu verwirren sowie unsere religiösen Anstalten, unsere Gelegenheiten zur Erholung und zur Zerstreuung, unsere Post- und Sanatoriumverhältnisse zu desorganisieren, ja unsern ganzen ökonomischen, häuslichen und gewerblichen Betrieb von Grund aus zu erschüttern.

Wir Gefangene sind durch die Verhältnisse unseres Mißgeschicks in enger Gemeinschaft aneinander gebunden. Jede Trennung, welche diese Beziehungen löste, würde manchen von uns großes Leid, uns allen aber Schmerz verursachen. Wir sind überzeugt, daß es Ihr Wunsch ist, die Resultate, die in Ruhleben erzielt worden sind, zu erhalten, unsere Arbeit fortgeführt zu sehen; und wir wissen, daß Sie uns jedes Leid, das nicht unvermeidlich ist, ersparen möchten. Sollte es der Fall sein, daß die Grenzen der Unterkunftsmöglichkeit hier in Ruhleben erreicht worden sind und daß kein weiterer Raum im Lager verfügbar ist, so wissen wir, daß eine überwältigende Mehrzahl von uns es vorziehen würde, in unserer gegenwärtigen Umgebung weiter zu leben als zu sehen, wie durch ein zweites Exil und durch eine Trennung voneinander das Ergebnis unserer gemeinsamen Bestrebungen zunichte wird. Wenn unsere Internierung in Deutschland weiter bestehen soll, so bitten wir, in Ruhleben bleiben zu dürfen, bis die Gefangenschaft, die wir erleiden, ihr Ende erreicht. In der sicheren Ueberzeugung, von Ihnen, Herr Graf, einer uns wohlgesinnten Antwort entgegensehen zu dürfen, verbleiben wir mit der größten Hochachtung

Die Internierten des Engländerlagers Ruhleben,
in deren Namen gez. Powell, Oberobmann des Lagers.

Die Engländer wollten also um jeden Preis in dem vielgeschmähten Ruhleben bleiben! Von der Verlegung wurde auch abgesehen, da inzwischen das Abkommen über den Austausch der über 45jährigen Zivilinternierten in Kraft trat. Aber als gutgläubig werden und die Schmähungen der Engländer gegen die deutsche Barbarei in Ruhleben" kaum noch gelten können. Trotzdem werden sie nicht verstummen.

Ernährungsfragen.

Milchmädchenrechnung.

Das Kriegsernährungsamt ist zwar nicht mit allen Einzelheiten des Programms einverstanden, das eine Anzahl Professoren landwirtschaftlicher Hochschulen dieser Tage veröffentlicht haben, billigt aber dieses Programm in seinen Grundzügen. Die statistische Abteilung des Kriegsernährungsamts hat auch bereits berechnet, wie die von den Professoren geforderten Preisverschiebungen auf die Konsumenten wirken würden und hat herausgefunden, daß eine — Verbilligung des Lebensunterhaltes eintreten würde! Die Ausgabe für die wöchentliche Ration an Brot, Fleisch und Kartoffeln würde nämlich von 2,70 Mark auf 2,67 Mark sinken, also um ganze drei Pfennige! Bei Durchführung der Forderungen der Professoren würde sich der Preis für die Wochenration an Brot allerdings von 64 auf 72 Pf. erhöhen, ebenso der Kartoffelpreis von 12 auf 14 Pf. pro Kilo, der Zuckerpreis von 60 auf 76 Pf. pro Kilo, dagegen würde der Preis für Kohlrüben von 12 auf 10 Pf. pro Kilo sinken, ebenso der Preis für Rindfleisch von von 4,60 auf 3,90 Mk., für Schweinefleisch von 3,50 auf 2,70 Mark pro Kilo. — Für die Masse der Bevölkerung kommen aber in der Hauptsache Brot und Kartoffeln in Frage, gerade diese Lebensmittel aber würden erheblich verteuert. Und angesichts dieser Tatsachen leistet sich das statistische Amt des Kriegsernährungsamts den Witz, von einer Verbilligung des Lebensunterhalts zu faseln.

Aus der Partei.

Es spaltet sich immer weiter. Die Zimmerwalder Linke ist in der Spaltung begriffen, das ist das neueste auf dem Gebiete der sozialanarchistischen Spaltpilze in Europa. Ihre Wortführer waren bekanntlich der Schweizer Grimm und der Pole Radek-Sobelsohn, beides Schriftleiter am radikalsten deutsch geschriebenen Blatte, der „Berner Tagwacht". Jetzt hat Radek den ersten Anlauf genommen, um seinen Kollegen Grimm aus der „Internationalen Sozialistischen Kommission", so nannte sich das allerlinkeste Parteigebilde, auszuweisen, und zwar wegen — Scheidemännerei in der innerschweizerischen Politik. Man muß die wilden Artikel Grimms gegen die deutschen Mehrheitssozialisten der „Tagwacht" kennen, um den Humor dieser neuesten Ketzerei voll würdigen zu können. Grimm ist natürlich der Meinung, daß der Schweiz weiter nichts übrig bleibt, als ihre Grenzen zu verteidigen und die Gegner herauszuwerfen, falls der weitere Krieg eine Verletzung

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

99. Fortsetzung.

Als er vor mehreren Jahren in der Provinz begonnen hatte, sich seine Karriere zu eröffnen, kamen ihm zwei Fälle vor, in denen ziemlich angesehene Personen der Gouvernementsverwaltung überführt worden waren, denen er bisher nahe gestanden und die ihn begünstigt hatten. Der eine Fall endete in ganz besonders skandalöser Weise für die betreffende Person, der andere wollte kein Ende finden und machte unendlich viel Mühe.

So kam es, daß Peter Petrowitsch bei seiner Ankunft in Petersburg beschloß, unverweilt klaren Blick über den ganzen Sachverhalt zu erlangen, und wenn nötig, jeder Gelegenheit zuvorzukommen und „unsere junge Generation" zu beobachten. In dieser Beziehung hoffte er auch auf Andrey Semenowitsch und bei dem Besuche bei Raskolnikow hatte er beispielsweise schon gelernt, bekannte Phrasen in neue Worte zu kleiden.

Er hatte allerdings Andrey Semenowitsch sehr bald als einen ziemlich niedrigen und gewöhnlichen Menschen kennen gelernt, aber dies gab ihm seinen Mut und seine Ruhe nicht zurück. Hätte er sich überzeugt, daß alle Fortschrittler ebensolche Narren wären, — auch dann wäre seine Besorgnis nicht geschwunden. — Von all den Lehren, den Ideen, Systemen, mit welchen Andrey Semenowitsch ihn förmlich bestürmte, mochte er nichts zu tun haben; er besaß sein eigenes Ziel, und es verlangte ihn nur, möglichst bald zu erfahren, was sich „dann" wohl ereignen solle? Hatten sie Macht, diese Menschen, oder nicht? Mußte er für sich selbst etwas fürchten oder nicht? Würden sie ihn überführen, wenn er sich mit ihnen beschäftigte und wenn sie es täten, weshalb dann, und warum gerade jetzt? Und andrerseits: Kann man ihnen nachäffen und sie verspotten, wenn sie mächtig sein sollten? War dies nötig oder nicht? Kann er möglicherweise für seine Laufbahn durch sie etwas erreichen? Kurz, Hunderte von Fragen drängten sich ihm auf.

Dieser Andrey Semenowitsch war ein Mensch von zerrütteter Konstitution, klein von Wuchs. Er hatte schon gedient, war auffallend blond und trug einen Backenbart in Koteletteform, auf welchen er stolz war. Uebrigens schmerzten ihm fortwährend die Augen. Er war sehr weich von Charakter, aber in seiner Rede zuversichtlich, bisweilen selbst hochmütig, sodaß im Vergleich mit seiner Erscheinung alles was er sprach komisch erschien. Amalie Iwanowna rechnete ihn übrigens unter die Zahl ihrer besten Mieter, weil er nicht trank und seine Wohnung regelmäßig bezahlte. Abgesehen von diesen Eigenschaften war Andrey Semenowitsch etwas befangen, er hatte sich dem Fortschritt und „unserer jungen Generation" aus Leidenschaft angeschlossen. Er war einer aus der zahllosen, in sich stetig veränderten Legion jener gewöhnlichen Naturen, jener schwächlichen Frühgeburten, jener gegen alles ungläubig verharrenden Narren, welche im Augenblick sicher mit der herrschenden Modeidee gehen, um sie nur abgeschmackt zu machen, sie in die Karikatur zu verkehren; sie haben ihr nie im wahren Sinne des Wortes gedient.

Uebrigens begann Lebesjatnikow, trotz seiner Gutmütigkeit, seines Quartiergenossen und früheren Vormundes Peter Petrowitsch überdrüssig zu werden. Es ging dies von beiden Seiten ganz unvermutet und wechselseitig vor sich. So gutmütig Andrey Semenowitsch war, so begann er doch bald einzusehen, daß Peter Petrowitsch sich über ihn lustig mache, ihn im stillen verachte, und daß er „durchaus nicht ein Mensch von jenes Art sei". Er hatte einmal versucht, ihm die Theorien Fouriers und Darwins zu entwickeln, aber Peter Petrowitsch begann besonders in letzter Zeit, diesem mit Sarkasmus zuzuhören, ja in allerneuester Zeit fing er sogar an, darüber sich zu ereifern. Der Grund davon war der, daß er instinktiv zu der Ansicht kam, Lebesjatnikow sei nicht nur ein niedriger und beschränkter Mensch, sondern vielleicht gar ein Lügner, der möglicherweise gar keine Verbindungen in seinem Kreise habe, sondern nur etwas von dritten aufgeschnappt hätte; und andererseits: er schien seine Aufgabe, die Propaganda, gar nicht zu verstehen, weil er sich zu sehr verwickelte! Nebenbei sei bemerkt, daß Peter Petrowitsch innerhalb der letzten Woche, besonders im Anfang, von Andrey Semenowitsch ruhig dessen eigene Lobeserhebungen entgegengenommen hatte; er hatte freilich nichts erwidert, sondern dazu geschwiegen, wenn Andrey Semenowitsch ihm seine Bereitwilligkeit schilderte, die künftige und baldige Verfassung einer neuen „Kommune" zu fördern, bisweilen mitten auf der Straße; oder beispielsweise die, Dunja nicht zu stören, wenn dieser es im ersten Monat ihrer Ehe einfallen sollte, ihren Gatten zum besten zu haben, oder daß er seine künftigen Kinder nicht kreuzigen würde usw. Peter Petrowitsch antwortete nach seiner Art nicht auf diese ihm geschilderten Eigenschaften, und ließ ihn sich selbst loben, soweit ihm dieses Lob gefallen mochte.

Peter Petrowitsch hatte an diesem Morgen zu bestimmten Zwecken einige fünfprozentige Papiere eingelöst und saß am Tische, um die Serien nachzusehen. Andrey Semenowitsch, der fast nie Geld hatte, ging im Zimmer auf und ab, und gab sich den Anschein, als schaue er mit Gleichmut auf all' die Geldscheine, ja mit Verachtung. Peter Petrowitsch hätte indessen niemals zur Ueberzeugung gebracht werden können, daß Andrey Semenowitsch in der Tat mit Gleichmut auf die Geldsumme geblickt haben sollte; dabei wurde dieser seinerseits sich mit Bitterkeit bewußt, daß Peter Petrowitsch in der Tat fähig war, so von ihm zu denken, daß er vielleicht sogar eine Genugtuung in der Gelegenheit fand, seinen jungen Freund mit ausgebreiteten Papieren auf die Folter zu spannen, in dem Hinweis auf dessen Nichtigkeit und den zwischen beiden vorhandenen Unterschied.

Er fand ihn diesmal unglaublich gereizt und unaufmerksam, trotzdem, daß er im Begriff war, vor ihm sein Lieblingsthema über die Errichtung einer neuen, besonderen „Kommune" zu entwickeln. Die kurzen Erwiderungen und Bemerkungen, die sich Peter Petrowitsch unter dem Rascheln seiner knöchernen Finger bei der Rechnung gestattete, enthielten nur unverhohlenen, mit Absicht unhöflichen Spott. Andrey Semenowitsch schrieb in seiner „Humanität" die Stimmung Peter Petrowitschs dem Eindruck des gestrigen Bruchs mit Dunja zu und entbrannte nun in dem Wunsche, schnell auf sein Thema zu kommen: Er hatte ihm dabei einiges über Fortschritt zu sagen, was seinen verehrten Freund zu trösten und seiner späteren Darlegung vielleicht Nutzen zu bringen vermochte.

„Was wird denn dadrüben für ein Leichenessen ausgerichtet — bei der Witwe!" fragte plötzlich Peter Petrowitsch, Andrey Semenowitsch mitten beim interessantesten Punkte unterbrechend.

„Wißt Ihr es nicht? Ich habe doch mit Euch erst gestern darüber gesprochen und meine Ansicht über diese Einrichtungen geäußert. Sie hat Euch doch ebenfalls eingeladen, wie ich hörte, und Ihr habt ja auch selbst gestern mit ihr gesprochen."

„Ich hätte nicht gedacht, daß diese bettelarme Närrin all' ihr Geld für ein Gedächtnisessen aufgehen läßt, das Geld, das sie von einem andern Narren erst erhalten hat, von Raskolnikow. Ich wunderte mich auch, als ich vorüberkam: Was das für Vorbereitungen waren, Wein sogar sah ich! Es sind auch mehrere Personen eingeladen, weiß der Teufel, was das heißen soll", fuhr Peter Petrowitsch fort, fragend und wie in der Absicht, das Gespräch nach einem bestimmten Thema hinzulenken.

„Wie, Ihr sagt, sie habe auch mich eingeladen?" fügte er plötzlich hinzu, den Kopf erhebend.

„Wann denn? Ich wüßte nicht! Uebrigens würde ich auch nicht Folge leisten. Was soll ich dort? Ich habe nur gestern im Vorübergehen mit der Frau gesprochen, über die Möglichkeit, ob sie als arme Beamtenwitwe nicht eine jährliche Pension in Form einer einmaligen Unterstützung erhalten könne. Sie hat mich doch daraufhin nicht gleich einladen können? Haha!"

„Ich bin ebenfalls entschlossen, nicht zu ihr zu gehen," sagte Lebesjatnikow.

„Das wäre auch! Man hat sie ja eigenhändig geschlagen; natürlich, es wäre bedenklich; hahaha!"

„Wer hat geschlagen? Wen schlug man?" fragte plötzlich errötend Lebesjatnikow.

„Nun, Ihr die Katharina Iwanowna. Vor einem Monat! Ich habe es gestern gehört, gestern, Sie sind der Ueberzeugung — auch die Weiterfrage erschien! Hahaha!" (Fortsetzung folgt.)

dieser Grenzen durch eine der Mächte mit sich bringt. Radek findet diese Versumpfung unerhört, denn da der Arbeiter „kein Vaterland" hat, braucht er auch das Schweizerland nicht zu verteidigen. Diese Konsequenz will Grimm merkwürdigerweise nicht einsehen und muß deshalb über die radikale Klinge springen — die Genossen sehen, welche Folgen der sogenannte Radikalismus nach sich zieht.

Die Erklärung von Ziegler und Wengels enthält auch folgenden Satz: „Ein Gewissenszwang schlimmster Art, eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Überzeugungstreue, eine Verleitung zur Unwahrhaftigkeit ist es, von uns zu verlangen, unsere Erklärung vor Gericht im Sinne der Vorstandsmehrheit, das heißt entgegen unserer Überzeugung, abzugeben. Wir müßten jeder Selbstachtung bar sein, hätten wir uns diesem Ansinnen gefügt."

Hierzu teilt der Parteivorstand dem „Vorwärts" mit: „In einer Erklärung der Gen. Wengels und Ziegler, auf die wir im übrigen mit keinem Wort einzugehen für erforderlich halten, wird die Behauptung aufgestellt, es sei von ihnen verlangt worden, vor Gericht Erklärungen gegen ihre Überzeugung abzugeben.

Das ist vollkommen unwahr! Es ist im Gegenteil ausdrücklich in den Sitzungen des Parteivorstandes wiederholt erklärt worden, daß jeder Beklagte, der zu Erklärungen vor Gericht veranlaßt werde, diese selbstverständlich nach seiner ehrlichen Überzeugung abgeben müsse.

Um allen Versuchen, den Tatbestand zu trüben, die Spitze abzubrechen, sei noch einmal folgendes festgestellt:

Der Parteivorstand wurde verklagt. Aus formellen Gründen ging das nur in der Form, daß gegen jedes einzelne Mitglied Klage erhoben wurde. Auf Grund eines ordnungsgemäß gefaßten Beschlusses wurde ein Rechtsanwalt mit der Vertretung des Parteivorstandes beauftragt. Dem fügten sich die beiden Genannten nicht, bestellten vielmehr für sich einen besonderen Anwalt, der sie im Sinne der Kläger gegen den Parteivorstand vertritt."

Ehrung eines Arbeiterdichters. Der Wiener Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung, dem Gemeinderat zu empfehlen, dem österreichischen Schriftsteller Alfons Petzold eine Ehrengabe von 1500 Kronen jährlich zu bewilligen. Petzold, einer der bekanntesten österreichischen Lyriker, wurde in Wien im Jahre 1882 geboren und wuchs, da Vater und Mutter zuletzt arbeitsunfähig waren, in Elend auf. Mit 15 Jahren war er Taglöhner, später Laufbursche, Fabrikarbeiter, dann Geschäftsdiener und schließlich in einer Schokoladenfabrik Packer. 1908 befiel ihn ein Blutsturz und er suchte Heilung in Alland und in Gries. Am 2. Dezember vorigen Jahres wurde er neuerlich von einem schweren Blutsturz befallen, an dessen Folgen er noch jetzt darniederliegt.

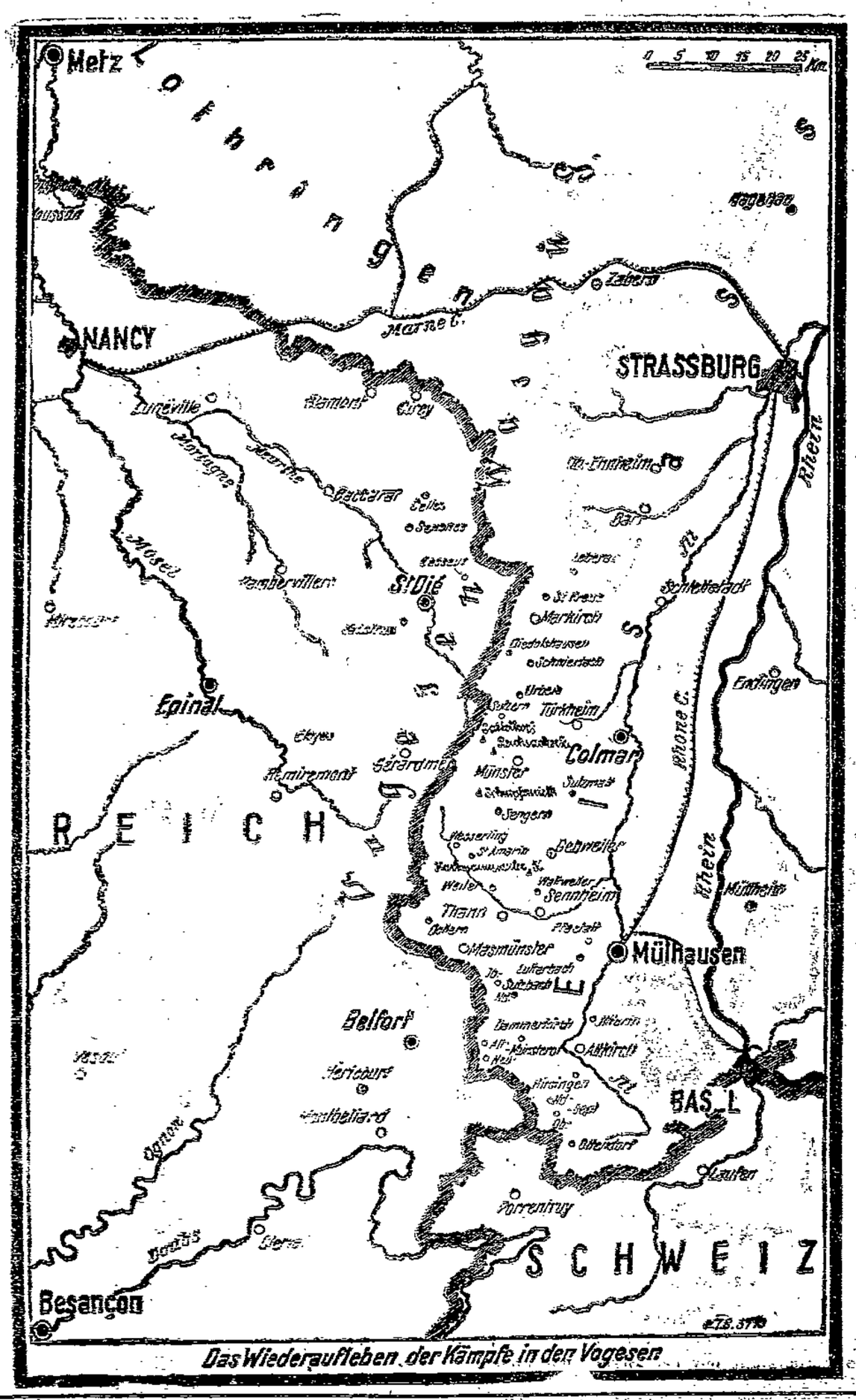
Gewerkschaftsbewegung.

Einigung im rheinisch-westfälischen Holzgewerbe. Nachdem die Unternehmer alle von den Verbänden der Arbeiter unternommenen Versuche auf Herbeiführung einer Verständigung, die natürlich sinngemäß den vom Reichsamt des Innern für die Allgemeinheit getroffenen Vereinbarungen entsprechen mußte, von sich gewiesen und auch selbst die von der genannten Reichsbehörde ergangene Einladung zu einer weiteren Verhandlung abgelehnt hatten, war eine Zuspitzung der vorhandenen Gegensätze zwischen den Unternehmern und Arbeitern leider nicht mehr zu vermeiden, da die Holzarbeiter keineswegs diejenigen sind, die ohne weiteres auf die Durchführung solch berechtigter Forderungen freiwillig verzichten. Der Kündigung der Tarifverträge folgten die Beschlüsse der organisierten Holzarbeiter, unter allen Umständen an ihren Forderungen festzuhalten und diese nachdrücklichst zu vertreten. Bei diesen Vorbereitungen zur Durchführung der vor dem Reichsamt des Innern abgeschlossenen Bedingungen traf plötzlich vom Generalkommando in München i. W. bei der Bezirksleitung des Holzarbeiterverbandes in Düsseldorf die Mitteilung ein, daß am 14. Februar unter der Leitung eines Vertreters des Generalkommandos eine weitere Verhandlung stattfinden werde, zu welcher die Verbände ihre Vertreter delegieren möchten. Das Generalkommando war in diesem Sinne durch das Kriegsamt in Berlin veranlaßt worden. Nicht eine auf Grund des Hilfsdienstgesetzes unternommene Verhandlung, sondern ein freihändiger Einigungsversuch zur Erhaltung des gewerblichen Friedens seitens der Militärbehörde sollte darin zum Ausdruck kommen. In zweitägigen Verhandlungen am 14. und 15. Februar in diesen Bemühungen haben der Erfolg beschieden gewesen. Die nunmehr vorliegende Einigung bringt zunächst zum Ausdruck, daß anstatt der von den Unternehmern vorbereiteten Wochenlöhnen jetzt Stundenlöhne und zwar in der gleichen Höhe, wie sie für das übrige Holzgewerbe geschaffen worden sind, Platz greifen. Die seitherigen niedrigen Vertragslöhne sind beseitigt, dagegen sind sonach an Vertragslöhnen und Teuerungszulagen zusammen für die Stunde zu zahlen: in der ersten Lohnklasse 69 Pfg., in der zweiten 75 Pfg. und in der dritten 71 Pfg. für die Stunde. Für Jugendliche unter 18 Jahren, für Akkord- und Monatsarbeiter sind ebenfalls die gleichen Zulagen wie in den übrigen Städten zugestanden worden. Der Mindestlohn für Monatsarbeiter mit Ueberstunden stellt sich nach den neuen Vereinbarungen auf 4 Mk. für den Tag einschließlich des Sonntags. Weiter sind die gleichen Bestimmungen für den Schutz der Kriegsbeschädigten eingeführt worden. Die neuen Vereinbarungen gelten für das neue Vertragsjahr und zwar bis zum 1. April 1918. Nach diesem Termin soll über die Fortdauer der Verbindung der Teuerungszulagen und der Vertragslöhne von neuem verhandelt werden. In diesem Abschluß erblicken die Holzarbeiter mit Recht einen außerordentlichen Erfolg, den sie einzig und allein ihrer Organisation zu verdanken haben. Insbesondere ist durch die Schaffung der dritten Lohnklasse gegenüber den früheren Zuständen eine beachtliche Verbesserung herbeigeführt, die hauptsächlich darin ihren Wert hat, daß unter 71 Pfg. für die Stunde nicht gezahlt werden darf. Es ist somit für die Holzarbeiter im rheinisch-westfälischen Bezirk das gleiche durchgeführt, wie es im übrigen Reiche der Fall ist. Die Kämpfe zwischen den Beteiligten waren heftig in den letzten Wochen und Monaten bereits eine erhebliche Schärfe angenommen, was der Erfolg, den die Arbeiter jetzt zu verzeichnen haben, nur noch mehr erhöht. So kann sich ihre in der Kriegszeit bewiesene Möglichkeit, daß die Gewerkschaften für den Schutz und die Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder ihre Kraft einsetzen können. Das wird nach dem Kriege in viel höherem Maße der Fall sein, wenn sich für die Arbeiter die notwendigen Lehren von selbst ergeben.

Die Dockarbeiter und die Dockarbeit in Holland. Die am 5. Februar eingetretene Streikbewegung der Dockarbeiter erreicht. Sie erleiden durch die am dem Kommando [illegible] erheblichen Zeitverlust, und da sie gewaltig auf Rosinen angewiesen sind, einen Schaden, für den sie Vergütung verlangen. In den großen Städten haben sie ihr Verlangen nicht oder nicht deutlich zu erkennen gegeben. So sind drei Tage im Gang ohne eine deutliche Verlautbarung der Streikenden Seite, da vom Hafenarbeiterverband entbunden war. Man beabsichtigt, von der Regierung einen entsprechenden Beschluß zu verlangen. Im Anschluß an die Verhandlung haben die Streikenden durch die Stadt nach dem Gebäude der [illegible] Kommission, wo die Resolution abgegeben wurde. Nach einer Ansprache löste der Zug sich ohne jede Zwischenfälle auf.

Aus Nah und Fern.

Familienmordversuch. In Kerkhöfen haben die Arbeiter Schmidtschen Eheleute ihre beiden Kinder und sich selbst durch Gas vergiftet. Der Grund der Tat ist in einer [illegible] Familienzerrüttung zur Zeit zu erblicken. Man hat noch, daß der Vater in letzter Zeit ins Feld rücken sollte.



Das Wiederaufleben der Kämpfe in den Vogesen

Ein Kultardokument. In badischen Zentrumsblättern, so z. B. im „Heuberger Volksblatt" (16. Februar 1917) wird ein „Brief eines Gefallenen aus dem Fegefeuer" veröffentlicht, in dem es heißt:

„Meine Lieben! Darf ich, soll ich noch schreiben? Die Kompanie hat Euch amtlich mitgeteilt, daß ich gefallen bin. Ja! und meine Seele ist in die Hände des zürnenden Gottes gefallen. Glaubt nicht, daß jeder, der den Heldentod stirbt, sofort die Siegespalme des ewigen Lebens erhält. Ich bin im Fegefeuer. O, welche Qual! Schrecklich war das Granatfeuer, in dem ich fiel. Schrecklicher ist hier das Fegefeuer .... Ich leide furchtbar, was hilft Ihr mir? Ihr betet, ich spüre es. Aber wo bleibt die beste, die sicherste Hilfe, das Opfer? .. die fürs Fegefeuer beste Liebesgabe, das Meßopfer? ... Wo bleibt jetzt die heilige Messe? O weh, ich sehe es, Ihr lauft zur Näherin statt zum Pfarrer. Hilflos muß hier meine Seele schmachten, bis die Trauerkleider fertig sind ... Ich merke es, erst wenn ein mächtiger Schleier auf dem modernsten Trauerhut im Winde flattert, darf ein kühles Lüftchen meine arme Seele in der sengenden Feuerglut erquicken .... O weh, Ich merke, Ihr wartet, bis die Leichenfragerei Zeit hat zum Herumgehen, bis diesem Vetter und jener Base der Tag paßt, bis eine große Todesanzeige in alle Häuser der Umgegend kommt. Dann erst wird mir geholfen. Warum all das! Viele kommen doch nicht gern, viele aus Geschäftsinteresse, manche wegen des Leichenessens. Ihr seht doch, wie manche nach dem Opfergang ohne ein Vaterunser für mich fortrennen ins Wirtshaus. Deswegen muß ich in meinen Leiden warten ... Warum muß ich so viele leidenvolle Tage und Nächte schmachten, bis Ihr mir helft? Ist das Eure Liebe? Ist das der Dank für meinen Opfertod?

Meine Lieben! Darf ich, soll ich Euch noch so nennen?

Euer armer Sohn und Bruder X.

Der Zweck dieser Geschmacklosigkeit ist, die Bevölkerung zu veranlassen, für Geld Messen lesen zu lassen.

Ein Riesenschwindel mit Brotmarken ist in München aufgedeckt worden. Am Südbahnhof wurde von einem Wagen herab ein Frachtstück mit Brotmarken im Gewicht von vier Zentnern gestohlen, das vom Bezirksamt als Altpapier zum Einstampfen bestimmt war. In der Herberge zur Heimat wurden sie mit 50 Pfennig bis 1 Mark für das Paket bezahlt. Die Diebe sind noch nicht ermittelt.

Die Todesfahrt der Flüchtlinge. Ueber die Eisenbahnkatastrophe bei Chiinchet in Nord-Rumänien, bei der, wie bereits gemeldet wurde, gegen 200 rumänische Flüchtlinge verunglückten und etwa 500 Personen auf der Stelle tot waren, bringt die „Russische Slowo" aus Kiew nähere Einzelheiten. Danach erklärt sich die gewaltige Zahl der Opfer dadurch, daß sämtliche Wagen unmittelbar nach der Entgleisung in Flammen standen. Unter den Fahrgästen brach infolgedessen eine unbeschreibliche Panik aus. An Fenstern und Türen der Wagons spielten sich entsetzliche Szenen ab. „Väter und Mütter drängten ihre Kinder zerfetzte, um sich selbst zu retten. Männer stießen ihre Frauen ins Feuer. Frauen und Männer bissen und kratzten einander. Andere verloren vor Schrecken und Angst den Verstand und stürzten sich in die brennenden Wagen oder ließen sich von den explodierenden Geschossen töten." Es gehört schon russische Leichtfertigkeit dazu, um in einem überfüllten Flüchtlingszug auch noch Munition verladen zu lassen.

Die Explosion in Archangelsk. Dem Blatte „Haparanda Nyheter" zufolge wurde durch die letzte Explosion in Archangelsk am 27. Februar das größte Munitions- und Kriegsmaterial-Lager der Welt zerstört. Die Explosion hatte vollkommen den Charakter eines mächtigen Erdbebens. Schon durch die erste Explosion wurde die Eisenbahnstation, die zwei Kilometer entfernt lag, vollständig zerstört. Im Lager befanden sich 3000 Arbeiter, Soldaten und Gefangene, wovon nur 200 lebend gerettet wurden. Auch außerhalb des Lagers wurden zahlreiche Personen getötet und verletzt. Von den im Hafen liegenden Dampfern sind 5 gesunken, 2 schwer beschädigt.

Zusammenstoß englischer Truppentransportschiffe. Vor Savona (Italien) wurden am 27. Januar die englischen Truppentransportschiffe „Norman Monarch" und „Physic" durch Zusammenstoß bei Nacht schwer beschädigt.

Kleines Feuilleton.

Friedenswunsch.

O daß wieder die Städte bewohnten die früheren Bürger,
so viel Städte zu Schutt der Beleidiger Hände getrümmert!
Daß sie in blühender Flur arbeiteten! Daß ungezählte
Tausende doch der Schafe, von grasiger Weide gemästet,
blökend die Felder durchzögen, und herdenweise die Rinder,
kehrend zum Stall, antrieben den abendlich schreitenden Wandrer.
Daß sie die Brache zur Saat umkehreten, wenn die Zikade,
ruhende Hirten belauschend am Mittag, hoch in den Bäumen
zirpt vom schwankenden Ast! Daß über die Waffen die Spinne
streckte das zarte Geweb und es schwände der Name des Krieges!

Theokrit. (3. Jahrhundert vor Christo.)

Kampf zwischen Fischotter und Hecht.

Man schreibt der „Frankfurter Zeitung": Der Kampf eines Fischotters mit einem Hechte wurde vor einigen Tagen in der Eder, einem Nebenfluß der Fulda, von einem Fischereibesitzer aus Gensungen beobachtet. Dieser ging an der zugefrorenen Ederentlang, als er plötzlich an einer schmalen, offenen Wasserrinne, Sturzbächen gleich das Wasser über das Eis treten sah. Dabei hörte er ein Fauchen und Knurren, und sah einen silbern schimmernden und schwarzen Knäuel, zu einer sonderbaren Einheit zusammengeballt, fortwährend scharf am Rande des Eises auf- und abtauchen. Der Fischereibesitzer legte sich der Länge nach auf das Eis und rutschte bis zur offenen Wasserrinne, wo er nun deutlich sah, wie ein starker Otter auf einem außergewöhnlich großen Hechte ritt, sich in dessen Kiemen festgebissen hatte und nun mit Blitzesschnelle von dem Hechte im Kreise herum gefegt wurde. Der Otter versuchte den sehr schweren Fisch auf das Eis zu schleudern, während der riesige Hecht nach Leibeskräften bestrebt war, unterzutauchen und so seinen Peiniger loszuwerden. Nach etwa sechs Minuten wurde der Hecht matter und gab schließlich jeden Widerstand auf. Der Otter bemerkte das sofort, biß sich noch fester in die Kiemen ein, ruhte einige Sekunden, schwang sich gewandt auf das Eis und zog den schweren Hecht mit Aufbietung aller Kraft völlig aus dem Wasser. Der freche Fischräuber hatte sich bei diesem von vornherein ungleichen Kampf derart erregt, daß er den Fischereibesitzer gar nicht wahrnahm, obschon er höchstens 40 Zentimeter neben ihm auftauchte. Gerade hatte er mit dem Schwanze auf dem Eise steuernd, den Hecht vollständig aus dem Wasser gezogen, als er mit dem Ziegenhainer des Fischereibesitzers, in dessen Gründen er widerrechtlich gejagt hatte, einen solchen Schlag erhielt, daß er betäubt auf das Eis sank und getötet werden konnte. Außer dem schönen, sehr wertvollen Pelz des Otters hatte der Fischereibesitzer auch noch die Freude, einen zweiundzwanzigpfündigen Hecht mit nach Hause nehmen zu können; der Fisch hatte nur eine einzige Bißwunde unmittelbar hinter den Kiemen. Wahrscheinlich hatte der Otter, unter dem Eise fischend, diesen kapitalen Hecht am Uferrand im Schlamm aufgespürt und war mit ihm zu der offenen Wasserrinne gerudert, um ihn hier auf dem Eise zu verzehren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Rudolf Weyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.